

***Beschlussbuch
der außerordentlichen
Bezirkskonferenz***

vom 28. Februar 2021

Stand:

17:18, 10.03.2021

Antragsübersicht mit Verlinkungen

- A00** Erweiterung des Arbeitsprogramms 2020/2021 - Unteilbar durch die Pandemie
- A01** Strafvollzug konsequent resozialisierend reformieren
- A02** Leistungssport inklusiv gestalten, Gleichstellung etablieren!
- A03** Das Oktoberfest-Attentat von 1980 in die bayerischen Lehrpläne aufnehmen
- A04** ÖPNV zukunftsfest machen und gerecht finanzieren: Nahverkehrsbeitrag und Solidarisches Bürger*innenticket für München!
- A05** Verbot von Rück- und Rundfahrten im MVVZonen- und Kurzstreckentarif abschaffen
- A06** Kinder sind ein Vollzeitjob – Dauerhafte Anpassung der Entschädigungsregelung für Eltern im Infektionsschutzgesetz
- A07** Vernetzung und Reflexion – jetzt noch besser!
- A08** Wir wollen mehr! Unsere Forderungen an die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes
- A09** Schulen sollen stärken
- A10** „Big Tech“ zerschlagen
- A11** Den Wandel erfolgreich gemeinsam gestalten: Gründung einer europäischen Agentur für digitale Lösungen „DigitalEU“
- A12** Schwimmbadoffensive
- A13** ÖPNV – Auf den Schultern von Ries*innen
- A14** Biodiversität in der Agrarlandschaft schützen

A00

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Erweiterung des Arbeitsprogramms 2020/2021 - Unteilbar durch die Pandemie

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

1 Kurz nachdem wir unser letztes Arbeitsprogramm beschlossen haben,
2 hat die Corona-Pandemie unser aller Leben verändert - so auch unsere
3 Arbeit als Vorstand und unser politischer Einsatz als Jusos. Die
4 Einschränkungen in unserem Alltag dauern nach wie vor an und
5 beeinflussen unsere Tätigkeit. Diese Krise zeigt uns Schwachstellen,
6 aber auch Stärken unserer bisherigen Strukturen und Arbeitsweisen.
7

8 Aufgrund der derzeitigen Lage ist ein Zeitpunkt, an dem Neuwahlen
9 stattfinden können, bis auf Weiteres nicht absehbar. Der bisher
10 amtierende Vorstand wird daher seine Arbeit fortsetzen -
11 erfreulicherweise haben sich alle Vorstandsmitglieder dazu bereit
12 erklärt und werden an der Vorstandsarbeit mitwirken. Da wir im
13 Februar 2020 ein Arbeitsprogramm beschlossen haben, dass für eine
14 einjährige Wahlperiode gedacht war, ist eine Fortschreibung und
15 Ergänzung des Arbeitsprogramms notwendig. Ein neues, umfassendes
16 Arbeitsprogramm zu verfassen, wird Aufgabe des im Laufe des Jahres
17 zu wählenden, neuen Vorstandes sein. Einen neuen Vorstand wollen
18 wir sobald wie möglich wählen. Wir hoffen, dass es das
19 Infektionsgeschehen in einigen Monaten ermöglichen wird.
20

21 **Digitale Formate**

22 Wir haben schnell auf die geänderten Rahmenbedingungen reagiert
23 und konnten z. B. zügig auf digitale Formate umstellen. So haben wir zu
24 Beginn der Pandemie beispielsweise unsere Seminarreihe vollständig
25 online angeboten. Dadurch konnten wir im Sommer auch einen großen
26 Beitrag zu den Online-Seminaren der Jusos Bayern leisten. Als es im

1 Sommer möglich war, haben wir einzelne Präsenzveranstaltungen
2 durchgeführt wie "Bergauf gegen Rechts" am Obersalzberg oder
3 "Oberbayern entdecken" in Freising.
4 Wir setzen auch in den kommenden Monaten auf digitale
5 Veranstaltungsformate. So planen wir derzeit eine
6 Diskussionsveranstaltung zur China-Politik mit einer Referentin in
7 Taiwan. Unsere Veranstaltungsreihe mit verschiedenen Abgeordneten
8 wollen wir ebenfalls fortsetzen.
9 Sollte das Infektionsgeschehen es ermöglichen, wollen wir auch
10 vereinzelt Präsenzveranstaltungen im Rahmen von Oberbayern
11 entdecken oder Bergauf gegen Rechts wieder durchführen -
12 selbstverständlich unter bestmöglicher Einhaltung von Hygieneregeln,
13 Abstandsgeboten etc. Bis dahin werden wir unsere Reihe "Oberbayern
14 entdecken" mit einer Serie von Posts in den sozialen Medien digital
15 fortsetzen. Damit geben wir den Unterbezirken die Möglichkeit sich,
16 ihre Arbeit und besondere Orte oder Ereignisse vorzustellen.
17 Ende März ist eine Veranstaltungsreihe zum Mühldorfer Todeszug in
18 Zusammenarbeit mit den Unterbezirken Mühldorf, Ebersberg und
19 Starnberg geplant.

20

21 **Unsere Arbeitskreise**

22 Unsere Arbeitskreise Gleichwertige Lebensverhältnisse,
23 Chancengerechtigkeit, Digitalisierung, progressiver Tierschutz und
24 Sportpolitik haben im vergangenen Jahr unsere inhaltliche Arbeit
25 deutlich mitgeprägt. Sie stellen ein niederschwelliges
26 Beteiligungsformat für alle Jusos in Oberbayern dar und haben
27 zahlreiche Basismitglieder in unsere Aktivitäten einbinden können. Die
28 Ergebnisse ihrer Arbeit waren auch nach außen deutlich sichtbar.
29 Mehrere Anträge wurden auf unseren Bezirkskonferenzen eingebracht.
30 Alle Arbeitskreise werden sich auch in den kommenden Monaten
31 weiterhin digital treffen und ihre Projekte vorantreiben.

32

33 **Digitales Büro**

34 Während wir Vorstandssitzungen problemlos digital durchführen
35 können, hat sich die Arbeit im Juso-Büro als problematisch erwiesen.
36 Bisher sind zahlreiche Unterlagen und Dateien nur dort zentralisiert auf
37 einem Laufwerk abgelegt. Daher sind Fahrten ins Büro zur Bearbeitung
38 dieser Dateien notwendig. Um künftige Arbeiten auch im Homeoffice
39 erledigen zu können, streben wir eine Cloud-basierte Lösung an.
40 Hierdurch werden nicht nur in Zeiten der Pandemie Wege eingespart.
41 Der Zugriff auf und die Arbeit an den Dateien kann künftig auch durch
42 Vorstandsmitglieder erfolgen, die in größerer Entfernung zum Juso-

1 Büro in München leben und arbeiten. Die Möglichkeiten zur
2 Zusammenarbeit werden so gestärkt.

3

4 **Geschichte der Jusos Südbayern**

5 In diesem Kontext wollen wir auch die Digitalisierung historischer
6 Unterlagen der Jusos Südbayern vorantreiben. Als
7 Nachfolgeorganisation der Jusos Südbayern, die analog zur SPD in
8 einen schwäbischen und einen oberbayerischen Bezirksverband
9 aufgeteilt wurden, und als Traditionalist*innen sehen wir uns in der
10 Verantwortung, dieses historische Erbe zu bewahren und
11 aufzuarbeiten. Die Unterlagen sollen der interessierten Öffentlichkeit
12 auf unserer Website in einem eigens dafür eingerichteten Bereich zu
13 unserer Geschichte zur Verfügung gestellt werden.

14 Inwieweit sich weitere Materialien auftreiben lassen ist fraglich und
15 meist von glücklichen Zufällen abhängig. Dennoch werden wir die
16 Sammlung dieser Unterlagen vorantreiben. Der Bereich auf unserer
17 Website soll künftig Stück für Stück ausgebaut werden.

18

19 **Antifaschistische Vernetzung**

20 Die innerverbandliche Vernetzung, die bei uns immer ein fester
21 Bestandteil der Arbeit ist, soll auch im Bereich Antifaschismus
22 vorangetrieben werden. Die oberbayernweite Vernetzung mit anderen
23 antifaschistischen Organisationen soll für die einzelnen Unterbezirke
24 erfasst werden und am besten für den gesamten Bezirk gebündelt
25 werden. So wollen wir eine schnelle und adäquate Reaktion und einen
26 koordinierten Kampf gegen Rechts garantieren können.

27

28 **Lesezirkel**

29 Im letzten Jahr haben wir einen feministischen Lesezirkel gegründet,
30 der sich mit inzwischen 18 Mitgliedern großer Beliebtheit erfreut. Wir
31 haben auch Mitglieder außerhalb der Jusos dafür gewinnen können,
32 was uns und der feministischen Lektüre eine Strahlkraft über die
33 Parteigrenzen hinaus verleiht. Deshalb wollen wir am feministischen
34 Lesezirkel unbedingt festhalten. Wir haben im letzten Jahr in unseren
35 zweimonatig stattfindenden Treffen bereits vier Bücher besprochen,
36 von internationalen Autorinnen und zu verschiedenen Aspekten des
37 Feminismus.

38 Weil sich gerade in Corona-Zeiten das Format des Lesezirkels als
39 angenehme Abwechslung herausgestellt hat, gründen wir gerade einen
40 zweiten Lesezirkel, der sich mit Wirtschaftsmodellen der Gegenwart
41 und Zukunft befasst. Hierbei geht es nicht nur um das tiefere
42 Verständnis, sondern die angeeignete Lektüre soll im Jahr 2021 zu einer
43 intensiven Diskussion über die wirtschaftlichen Eckpfeiler, die wir

1 anstreben wollen, führen. Geplant ist als Ergebnis des Lesezirkels ein
2 Workshop, in dem die kursierenden Utopien, Ansätze und Vorschläge
3 vorgestellt, zusammengefasst und diskutiert werden können. Im
4 Idealfall erwächst aus so einem Seminar ein dazugehöriger Antrag.
5 Wünschenswert wäre auch hier eine breite Diskussion über die
6 Parteigrenzen hinaus, mit den Gewerkschaften und
7 Wirtschaftsverbänden.

8

9 **Neuaufstellung der BayernSPD**

10 Ein weiterer Schwerpunkt wird in den kommenden Wochen die
11 Ausrichtung der BayernSPD sein. Im April wird ein neuer
12 Landesvorstand der BayernSPD gewählt. Als Vorstand werden wir die
13 Jusos Bayern in der Entscheidungsfindung, ob und welches
14 Kandidierendenteam die Unterstützung der Jusos erhalten soll, aktiv
15 begleiten. Hierbei legen wir einen besonderen Fokus auf die
16 inhaltlichen Schwerpunkte der Bewerber*innen. Gleichzeitig sind uns
17 aber auch die Vorstellungen der Kandidierenden, wie sie die BayernSPD
18 führen möchten, wichtig.

19

20 **Wahlkampf? Wahlkampf!**

21 Dieses Jahr liegt wieder eine Bundestagswahl vor uns, die einiges
22 entscheiden wird, und durch die Pandemie auch eine große
23 Spontaneität erfordert. Mit Olaf haben wir einen Kandidaten, der zwar
24 nicht unbedingt unserem Juso-Ideal entspringt, jedoch das Potenzial
25 hat, viele Bürger*innen zu mobilisieren. Seine Schwäche bei der
26 jüngeren Zielgruppe können wir in Oberbayern aber zweifelsfrei durch
27 unsere tollen Juso-Kandidat*innen ausgleichen. Auf der heutigen
28 Bezirkskonferenz werden wir den Kandidat*innen ein Votum als Juso-
29 Kandidat*innen geben.

30 Wie wird also unsere Strategie aussehen? Zusammen mit den Jusos
31 Bayern werden wir eine richtig gute Kampagne aufstellen, die
32 besonders auf die Lebenssituation junger Menschen in Bayern
33 zugeschnitten sein wird. Auch von den Jusos auf Bundesebene können
34 wir einen richtig kreativen Wahlkampf erwarten. Des Weiteren werden
35 wir unsere Stärke ausspielen: die Juso-Kandidaturen. Das alles werden
36 wir in Form von Online-Formaten und -aktionen umsetzen. Wenn es die
37 Pandemiesituation erlaubt, werden wir auch Präsenzformate
38 durchführen. Auch unsere Wahlkampfwebsite werden wir dafür wieder
39 bespielen. Ihr könnt euch also auf etwas freuen! Alle weiteren
40 Informationen dazu werdet ihr in den kommenden Monaten erhalten.
41 Wenn Ihr selbst Ideen für Formate oder Aktionen habt, dann könnt ihr
42 euch gerne an die E-Mail: kampa@jusos-obb.de wenden.
43 Lasst uns zusammen einen geilen Wahlkampf machen! Wir haben Bock!

A01

Strafvollzug konsequent resoziolisierend reformieren

Antragsteller*innen Jusos München-Land

Adressat*innen Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskongress der Jusos Bayern, Juso-
Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag Oberbayern,
SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

- 1 **Strafvollzug resoziolisierender gestalten**
2 Eine konsequente Reform des Strafvollzuges und dessen
3 Neuausrichtung muss die Zwangsarbeit in Gefängnissen abschaffen.
4 Häufig wird diese damit gerechtfertigt, dass die Arbeit eine wichtige
5 Aufgabe zur Resozialisierung beitrage. Nicht nur scheint erzwungene
6 Gefängnisarbeit - wie sie in fast allen Bundesländern immer noch
7 erlaubt ist - anderen Maßnahmen zur Resozialisierung klar nachstehen,
8 die Durchführung dieser ist meist auch nicht auf Basis
9 wissenschaftlicher Erkenntnisse, sondern lediglich aufgrund von
10 fehlenden Alternativen begründet. Art. 12 Abs. 3 GG erlaubt explizit die
11 "Zwangsarbeit ist [...] bei einer gerichtlich angeordneten
12 Freiheitsentziehung". Wir wollen das Grundgesetz dahingehend ändern,
13 dass Zwangsarbeit in Gefängnissen von den Ländern nicht mehr
14 erlaubt werden darf.
15
16 Auch wenn das Bundesverfassungsgericht in seinen Urteilen zur
17 Zwangsarbeit nach Art.12 Abs. 3 GG im Strafvollzug klargestellt hat,
18 dass Pflichtarbeit im Strafvollzug nur dann möglich ist, wenn sie einen
19 resoziolisierenden Charakter hat und die geleistete Arbeit angemessen
20 anerkannt wird, lehnen wir die grundsätzliche Möglichkeit der
21 Zwangsarbeit als solche ab.
22
23 Ziel des Strafvollzugs muss eine nachhaltige Resozialisierung der
24 Gefangenen sein. Dafür braucht es passgenaue Maßnahmen für jede*n
25 Gefangene*n. Neben einer umfassenden Betreuung (z.B. Sucht- oder
26 Schuldenberatung) ist auch die freiwillige Gefängnisarbeit eine der
27 resoziolisierenden Maßnahmen, die im Strafvollzug zur Verfügung

1 stehen sollten. Dafür ist es jedoch notwendig, dass sich die
2 Bedingungen für die Gefängnisarbeit verbessern.
3 Wie in Brandenburg und Rheinland-Pfalz fordern wir ein Recht auf
4 Arbeit im Strafvollzug, da wir die resozialisierenden Vorteile der Arbeit
5 anerkennen. Hierzu gehört nicht nur, dass die Arbeit den Gefangenen
6 einen strukturierten Tag gewährleistet. Arbeit im Strafvollzug
7 ermöglicht es zudem sich fortzubilden, ausgebildet zu werden, Geld zu
8 erwirtschaften, die deutsche Sprache zu erlernen und soziale
9 Kompetenzen in der Zusammenarbeit mit anderen Häftlingen zu
10 erlernen. Gerade deshalb werden die Vorgesetzten der Häftlinge in die
11 Entscheidung um Hafterleichterungen und Bewährung mit
12 eingebunden.

13

14 **Mindestlohn für Gefängnisarbeit**

15 Für Arbeit im Gefängnis gilt das Mindestlohngesetz nicht, da es
16 „allgemein anerkannt [ist], dass die Arbeit im Strafvollzug öffentlich-
17 rechtlicher Natur ist, die Gefangenen nicht Arbeitnehmer sind und
18 zwischen den Gefangenen und der Anstalt kein Arbeitsvertrag
19 geschlossen wird“ (OLG Hamburg, Beschluss vom 18.09.2015 - 3 Ws
20 79/15 Vollz). Dies ist jedoch nicht mit unserem Verständnis davon, dass
21 Arbeit angemessen entlohnt werden muss vereinbar. Wir fordern daher
22 auch einen Mindestlohn für Gefangene und darüber hinaus die
23 gesetzliche Ausgestaltung eines eigenen sozialversicherungspflichtigen
24 Arbeitsverhältnisses zwischen Gefängnissen und ihre Insassen.

25 Eine Gefängnisstrafe besteht im Freiheitsentzug und nicht in der
26 Herabwürdigung von Leistungen. Der durchschnittliche Monatslohn
27 den Gefangene für ihre freie Verfügung im Gefängnis erarbeiten
28 beträgt momentan ca. 180,00 €. Der Rest des Arbeitslohns wird auf ein
29 sogenanntes „Ü-Konto“ überwiesen und wird bei der Entlassung
30 ausgezahlt. Von dem frei zur Verfügung stehenden Geld kann das
31 Leben im Gefängnis gerade so bestritten werden. Häufig sind hier die
32 Lebenshaltungskosten für Essen, Telefonieren und Genussmittel
33 wesentlich höher, als draußen. Es kann somit kein wirkliches
34 finanzielles Polster für die Zeit nach der Haft angespart werden.

35

36 Mit der Einführung des Mindestlohns könnte daher zum einen eine
37 finanzielle Grundlage für das Leben nach der Haft und zum anderen
38 mehr Flexibilität im Leben vor Ort geschaffen werden, um sich mehr als
39 einmal im Monat einen Anruf nach Hause leisten zu können. Darüber
40 hinaus wird den Arbeitenden das Gefühl vermittelt, dass ihre Arbeit
41 etwas Wert ist. Auch kann in diesem Zuge über eine
42 Unterbringungs pauschale nachgedacht werden, die von den

1 Gefangenen monatlich gezahlt wird. Eine solche wird bis jetzt nur dann
2 verlangt, wenn man nicht arbeitet.

3

4 Auch die gesetzliche Einführung eines eigenen Arbeitsverhältnisses
5 würde zur Resozialisierung beitragen. Oft sehen sich Menschen, die
6 lange inhaftiert waren oder mehrere kürzere Gefängnisstrafen in ihrem
7 Leben verbüßen mussten einer drohenden Altersarmut ausgesetzt.
8 Dadurch, dass sie in dieser Zeit nicht in die Rentenkassen einzahlen
9 können, bleibt ihnen meist kein bis kein hoher Rentenanspruch. Dies
10 begünstigt einen Rückfall in die Kriminalität. Durch die Schaffung eines
11 eigenen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsverhältnisses würde
12 diesem Szenario vorgebeugt werden und dem Menschen ein
13 würdevolles Leben außerhalb des Gefängnisses - auch im Alter - weiter
14 ermöglicht. Um wieder ein vollwertiger Teil der Gesellschaft zu sein, ist
15 dies für uns zwingende Voraussetzung.

16

17

18 **Gefängnisgewerkschaften**

19 Gefängnisgewerkschaften können nach unserer Auffassung einen
20 wichtigen Teil zur Resozialisierung beitragen. Die Schaffung bzw. das
21 Zulassen von demokratischen Strukturen, die in einem gesetzlichen
22 Rahmen eine Möglichkeit zur Petition an öffentliche Stellen haben,
23 schafft bei den Häftlingen Vertrauen in die demokratische Gesellschaft.
24 Die Zerschlagung gewerkschaftlicher Aktivitäten durch bspw. Verlegung
25 von Funktionär*innen sollte daher verboten werden bzw. gewählte
26 Vertreter*innen einer Gewerkschaft in einer JVA eine ähnliche
27 Schutzwirkung eingeräumt werden wie bspw. Betriebsrät*innen in
28 einem Unternehmen.

29

30 Wir erkennen die bestehende Möglichkeit der Wahl eines*einer
31 Gefangenen sprechers*in an, der im Rahmen der
32 Gefangenenmitverantwortung anliegen an den Anstaltsleiter
33 weitergeben kann an. Auch wenn der Gestaltungsrahmen der
34 Gefangenenmitverantwortung gesetzlich nicht definiert ist und daher
35 der Interpretation jeder einzelnen Anstalt unterliegt, kann dies ein
36 sinnvolles Instrument sein, wenn es um das soziale Miteinander im
37 Gefängnis geht. Bei einer echten resozialisierenden Arbeitsstruktur
38 sehen wir aber klar die Notwendigkeit von Gefangenen gewerkschaften,
39 die sich ausschließlich auf die Arbeitsbedingungen konzentrieren
40 können.

41

42

43

1 **Umfassendere Begleitung und Betreuung in Haft**

2 Wir fordern verstärkte finanzielle und psychologische Betreuung von
3 Strafgefangenen während der Haft. Hierzu zählt Suchtberatung,
4 Suchttherapie, Zugang zu Psycholog*innen und eine Schuldenberatung.
5 Diese müssen als feste Vollzeiteinrichtungen in den Gefängnissen
6 vorhanden sein.

7

8 Viele Straftäter*innen sind verschuldet. Dies hat zum Beispiel damit zu
9 tun, dass vor der Inhaftierung Kosten anfallen, die sie in Haft nicht
10 mehr bedienen können oder durch Unterhaltsansprüche, die nach der
11 Haft fällig werden. Daher bedarf es einer finanziellen Beratung und
12 Begleitung durch etwaige Privatinsolvenzen, damit nach der Haft ein
13 unverschuldeter Start möglich ist.

14

15 Auch Menschen mit Suchtproblematiken müssen in Haft engmaschiger
16 betreut werden. Der Mythos eines "guttuhenden kalten Entzugs" ist
17 weder gesundheitlich förderlich, noch entspricht er der Realität in der
18 JVA. Menschen mit Suchtproblematiken müssen automatisch in ein
19 entsprechendes Programm vor Ort aufgenommen werden und
20 betreuten Zugang zu Substituten bekommen, um angeleitet die Sucht
21 zu heilen. Gleiches gilt für Menschen mit psychischen Einschränkungen,
22 bei denen die Betreuung ebenfalls eine Selbstverständlichkeit sein
23 sollte. Bei einer Teilnahme an einem längeren Programm muss zudem
24 die Lohnfortzahlung gewährleistet sein.

25

26 Auch die Möglichkeit am familiären Leben teilzunehmen muss
27 gewährleistet sein. Für uns besteht ein Recht darauf, seine Kinder oder
28 Partner*innen regelmäßig zu sehen. Hierfür muss eine
29 Zusammenarbeit zwischen Jugendamt, Schule und JVA bestehen.
30 Besteht die Möglichkeit nicht - wie es jetzt häufig der Fall ist - belastet
31 dies nicht nur Kinder und Partner*innen psychisch, sondern hat auch
32 negative Auswirkungen auf die Psyche des Inhaftierten. Um an ein
33 Familienleben nach der Haft anknüpfen zu können, muss ein solches
34 auch in Haft zumindest eingeschränkt möglich sein.

35

36 **Bessere Vorbereitung für das Leben nach der Haft**

37 Wir fordern eine Institutionalisierung des Austausches zwischen den
38 Gefängnissen und der Agentur für Arbeit. Aktuell besteht ein solcher
39 nicht. Dies hat zur Folge, dass Freigelassene oftmals noch nicht im
40 Sozialsystem gemeldet sind und erst Wochen später in der Lage sind,
41 ALG II zu beantragen und zu beziehen. Ziel muss es sein, dass die
42 finanzielle Versorgung der Freigelassenen vom ersten Tag an
43 gewährleistet ist. Hierzu gehört auch, dass die Arbeitsplatzvermittlung

1 bereits zeitnah vor der Entlassung eingeleitet werden muss. Ist die
2 finanzielle Versorgung nicht gewährleistet, fördert dies einen Rückfall in
3 die Kriminalität und Begünstigt Obdachlosigkeit. Bereits vor der
4 Freilassung sollte zudem ebenfalls verpflichtend zusammen mit
5 dem*der Bewährungshelfer*in nach einer geeigneten Unterbringung
6 gesucht werden. Zudem sollte die Kommune, in der die Inhaftierung
7 erfolgt ist, für die Erstunterbringung zuständig sein.

8

9 **Strafvollzug neu denken**

10 Da die viel zu hohen Rückfallquoten sehr anschaulich zeigen, dass der
11 Strafvollzug in Deutschland seine abschreckende und resozialisierende
12 Wirkung verfehlt, wollen wir die Gefängnisstrafe in Zukunft als solche
13 kritischer in den Blick nehmen und andere Möglichkeiten des
14 Strafvollzugs in Erwägung ziehen, die eine wirkliche Resozialisieren
15 möglich machen können.

16

17

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

A02

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Leistungssport inklusiv gestalten, Gleichstellung etablieren!

Antragsteller*innen Bezirksvorstand Jusos Oberbayern

Adressat*innen Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskonferenz der Jusos Bayern, Juso-
Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-
Bundesparteitag

1 7,5 Millionen Euro verdienen Männer in der Fußball Bundesliga im
2 Durchschnitt pro Jahr. Dabei sind meist noch keine Prämien für Siege
3 oder Einnahmen durch Sponsor*innen integriert. Im Gegensatz dazu ist
4 der Gesamtetat für das Frauenteam des FC Bayern für eine Saison mit
5 1.5 Millionen Euro gerade einmal so groß wie das Monatsgehalt von
6 Robert Lewandowski. Diese Ungleichverteilung zwischen
7 den Geschlechtern im Profifußball spiegelt sich nahezu in allen
8 Sportarten wider und ist symptomatisch für die ungleiche Behandlung
9 von Sportlerinnen und Sportlern. Sportlerinnen müssen neben ihrem
10 Hauptberuf im Profisport immer noch nebenbei ein zweites Standbein
11 für die Zeit nach ihrer Karriere aufbauen, dabei haben sie, ebenso wie
12 die Männer, das Recht von ihrem Beruf leben zu können. Diese
13 Ungleichbehandlung zwischen den Geschlechtern wollen wir
14 aufbrechen. Gleichzeitig wird im Sport nicht nur zwischen den
15 Geschlechtern diskriminiert, sondern auch zwischen vermögenden
16 Haushalten und jenen, die nicht vermögend sind. So ist der Einstieg in
17 diverse Sportarten kostenintensiv, beispielsweise durch
18 hohe Anschaffungskosten für Sportgeräte und Trainer*innen, ebenso
19 wie durch diverse Ausgaben wie Platzmieten im Tennis oder
20 Reisekosten im Alpinsport. Entsprechend ist der Zugang zu diversen
21 Sportarten beschränkt auf jene, die es sich leisten können, was gerade
22 im oberen Amateur*innensegment zu Problemen führt, weil
23 Trainer*innen dort mit horrenden Kosten zu Buche schlagen. Hier
24 setzen wir an, indem wir für einen inklusiven Zugang zu professionellen
25 Trainings und guter Infrastruktur im
26 oberen Amateur*innensportsegment sorgen. Und zuletzt besteht eine

1 Ungleichbehandlung zwischen den Sportarten infolge unterschiedlicher
2 Popularität: Während Breitensport aus öffentlichen Geldern finanziert
3 wird, werden zahlreiche olympische Sportarten kaum bezuschusst,
4 sodass Sportler*innen mit ihrem privaten Vermögen für Trainer*innen
5 und Sportgeräte aufkommen müssen, selbst wenn sie es zu Olympia
6 geschafft haben. In der Konsequenz diskriminiert die deutsche
7 Sportförderung Sportarten nach Popularität. Indem wir professionellen
8 Sportler*innen finanziell den Rücken freihalten, sorgen wir
9 mit folgendem Antrag für eine Gleichstellung der olympischen
10 Disziplinen.

11

12 **Finanzierung für Breitensport und Sportvereine**

13 Sportvereine sind für die Ausübung fast aller Sportarten aktuell
14 nahezu unverzichtbar. Sie organisieren Trainingsmöglichkeiten, sie
15 sorgen für Ausbildung und Bezahlung von Trainingspersonal, melden
16 ihre Sportler*innen für Wettbewerbe und Wettkämpfe, mieten bzw.
17 bauen Sportanlagen und Hallen. Sie vertreten sportliche Interessen
18 gegenüber der Öffentlichkeit vor allem gegenüber Bezirken und
19 Kommunen, stellen Versicherungsschutz und sind oft auch sozialer
20 Bezugsrahmen, wenn auch nicht immer inklusiv und gleichberechtigt.
21 Für alle Teamsportarten sowie bei Sportarten die spezielles Sportgerät
22 bzw. spezielle Sportgeräte benötigen, lassen sich diese Aufgaben nicht
23 ohne erheblichen individuellen finanziellen und zeitlichen Aufwand
24 bewältigen. Um die Teilnahme an sportlichen Aktivitäten für möglichst
25 viele Menschen zu ermöglichen, aber auch um Leistungs- und
26 Profisportler*innen, die ihre ersten Schritte in diesen Vereinen machen
27 und oft auch weiterhin in ihnen organisiert sind, zu fördern, sind also
28 auch Vereine ein guter Ansatzpunkt für eine sozialdemokratische
29 Sportpolitik.

30

31 Die finanzielle Förderung dieser Vereine durch Bund und Länder muss
32 daher erhöht werden, gerade der Freistaat Bayern überlässt in diesem
33 Bereich viel Verantwortung den Kommunen. Hierfür sollen die
34 mitgliederbasierten Mittel für Vereine erhöht werden. Vereine die
35 Olympiateilnehmer*innen hervorbringen, sollen ebenso wie diese
36 Prämien erhalten und es sollen mehr Bezirkssportanlagen gebaut und
37 den Vereinen sowie der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt werden.
38 Wo dies passender ist, soll den Vereinen durch Zuschüsse und Kredite
39 der Bau von eigenen Anlagen ermöglicht werden.

40

41 **Sportförderung verbessern – Übergänge von Amateur*innensport 42 zu Profisport ermöglichen**

43 Um einen fließenden Übergang von Elite Amateur*innen zum Profisport zu

1 gewährleisten, soll es die Aufgabe der Landkreise und Bezirke sein,
2 Stützpunkte für sämtliche olympische Disziplinen einzurichten. Dabei
3 soll auf eine bedarfsgerechte Verteilung der Stützpunkte geachtet
4 werden. Wird eine Sportart beispielsweise in einem Landkreis in
5 größerer Zahl ausgeübt, so macht die Bündelung auf Kreisebene durch
6 einen Stützpunkt Sinn. Finden sich hingegen lediglich auf Bezirksebene
7 ausreichend Sportler*innen für die Gründung eines Stützpunkts, so
8 stellt dieser die geeignete geographische Einheit für die Etablierung
9 eines Stützpunkts dar. Stützpunkte charakterisieren wir dabei als
10 Sportfördermaßnahmen, die geeignete Trainingsinfrastruktur, wie
11 Trainer*innen, Sportgeräte und Plätze zur Verfügung stellen, um den
12 Übergang zum Profisport zu gewährleisten. Für die Etablierung
13 von Stützpunkten wird demnach die Anzahl der Kinder und
14 Jugendlichen, die herausragende Ergebnisse in ihren Altersklassen und
15 Sportarten erzielen, benötigt. So kann entschieden werden, ob der
16 Stützpunkt auf Landkreisebene oder auf Bezirksebene sinnvoller ist.
17 Die Stützpunkte finanzieren die Sportinfrastruktur und stellen den
18 Sportler*innen Sportmittel und gut ausgebildete Trainer*innen zur
19 Verfügung. An den Stützpunkten soll es den Spitzensportler*innen
20 ermöglicht werden, dass sie sich voll und ganz auf ihren Sport
21 konzentrieren und nicht nebenbei noch arbeiten müssen.
22 Der Betrag, der für diese Stützpunkte aufgewendet werden soll, muss
23 gerecht auf die verschiedenen Sportarten aufgeteilt werden. So können
24 auch noch unbekanntere Sportarten gefördert werden und die
25 Sportler*innen sind nicht auf eine private Sponsor*innensuche
26 angewiesen, sondern werden bestmöglich unterstützt.
27 Wichtig ist auch, dass paralympische Sportarten gleichermaßen
28 gefördert werden müssen.

29
30 Die Stützpunkte auf Landesebene mit Jugendleistungszentren sollen
31 mit den ansässigen Schulen und Hochschulen Kooperationen
32 abschließen, sodass die Bildung der Kinder und Jugendlichen nicht zu
33 kurz kommt. Dabei sollte darauf geachtet werden, dass die Schulzeiten
34 an die Trainingszeiten angepasst werden können und es keine
35 Probleme mit Freistellungen für Wettkämpfe gibt.
36 Abgesehen von der schulischen Ausbildung ist es von großer
37 Bedeutung, dass die Kinder und Jugendlichen gut betreut werden und
38 man ihnen Zeit gibt, sich zu entwickeln und am Stützpunkt
39 einzugewöhnen.

40
41 Auf Landesebene wollen wir Leistungszentren etablieren. Der
42 Nachwuchs für die Leistungszentren auf Landesebene kommt aus den
43 Stützpunkten auf Bezirks- beziehungsweise Kreisebene.

1 Es muss sichergestellt werden, dass die Förderung unabhängig von
2 Geschlecht, Herkunft, Religion, Hautfarbe, Sexualität und der
3 finanziellen Situation stattfindet. So schafft man Chancengleichheit und
4 gibt allen Talenten die gleichen Chancen ihr Potenzial voll
5 auszuschöpfen.

6

7 Außerdem ist es wichtig, dass die Menschen, die in einer Sportart
8 herausragende Fähigkeiten besitzen, diese auch nutzen können und
9 sich während ihrer Karriere auf den Sport fokussieren können.

10 Der Spitzensport muss ausfinanziert werden! Wir sehen es als nicht
11 möglich an sich sowohl auf Arbeit als auch auf den Sport zu hundert
12 Prozent konzentrieren zu können. Daher müssen auch Sportler*innen
13 für ihren Beruf angemessen entlohnt werden. Außerdem müssen ihnen
14 die Trainer*innen und die Trainingsstätten zur Verfügung
15 gestellt werden, sowie die Teilnahme an Wettbewerben ermöglicht
16 werden. So wird erreicht, dass auch Nischensportarten gefördert
17 werden und die Sportler*innen sich keine Sorgen um essentielle Dinge,
18 wie Trainer*innen machen müssen.

19

20 **Profisport**

21 Um über Profisport reden zu können, müssen wir uns zunächst auf eine
22 Definition darüber einigen, was wir unter Profisport verstehen. Wir
23 definieren Profisport im Folgenden als diejenige Teilmenge des Sports,
24 in welcher Athlet*innen zur Aufrechterhaltung ihrer Leistungen keinem
25 zusätzlichen Normalarbeitsverhältnis nachgehen können und daher auf
26 finanzielle Förderung angewiesen sind. Entsprechend umfasst unsere
27 Definition von Profisport das obere Quantil der Sportler*innen
28 einer geographischen Region. Im Breitensport, beispielsweise im
29 Fußball, ist die genannte Menge an Sportler*innen selbstredend größer
30 als in zahlreichen Nischensportarten und kann, neben den
31 Spieler*innen der Bundesliga-Teams, auch Spieler*innen der
32 sog. Amateur*innenligen, bspw. der Regionalligen, enthalten. In den
33 Nischensportarten ist die Gruppe der Profi-Athlet*innen kleiner. Die
34 Gruppe der Profi-Athlet*innen umfasst nach unserer Definition
35 jedenfalls jene Sportler*innen, die bei anerkannten, internationalen
36 Wettbewerben, im plastischsten Beispiel den Olympischen Sommer-
37 und Winterspielen, prestigeträchtigen Turnieren, Wettkämpfen und
38 Rennen auftreten. Unsere Definition des Profisports grenzt sich nicht
39 durch das reale Einkommen der Athlet*innen vom Amateur*innensport
40 ab, sondern durch anhand einer de facto Berufsstellung bei
41 ausreichender Ausstattung der Athlet*innen mit finanziellen Mitteln.

42

1 Während bei der häufig gewählten Definition des Profisports als
2 Berufssport ein Marktmechanismus automatisch für ausreichende
3 Gehälter sorgt, indem schlichtweg derjenige Teil des Sports als
4 professionell bezeichnet wird, der hinreichende Gehälter zahlt, ist nach
5 unserem Verständnis eine ausreichende Finanzierung zwar notwendig
6 für die Ausübung von Sport auf professionellem Niveau, keinesfalls
7 aber gegeben. Um zu gewährleisten, dass Sport auf professioneller
8 Ebene unabhängig der finanziellen Ausstattung, und damit unabhängig
9 vom Elternhaus, von Ersparnissen oder von der Partner*innenschaft,
10 betrieben werden kann, fordern wir die Etablierung
11 eines Branchenmindestlohns im Segment Profisport. Dieser stellt
12 mittels verbindlicher Lohnuntergrenze eine Mindestversorgung der
13 Profisportler*innen sicher und gewährleistet, neben der Ausübung des
14 Sports, auch eine gewisse Armutsfestigkeit im Anschluss an die
15 sportliche Karriere. Einen Branchenmindestlohn erachten
16 wir dahingehend als notwendig, da die Branche Profisport sich durch
17 die geringere Verweildauer in nicht unerheblichem Maße von
18 klassischen Branchen abhebt: Während häufig der gewählte
19 Ausbildungsberuf ein Leben lang, oder jedenfalls über
20 mehrere Jahrzehnte, ausgeübt werden kann, verweilen
21 Profisportler*innen durch kurze Leistungshochs nur relativ kurz im
22 Profisegment, sodass das Lebenseinkommen des klassischen
23 Mindestlohns keinesfalls als Äquivalenzeinkommen angenommen
24 werden kann. Vielmehr kann unterstellt werden, dass die körperliche
25 Leistungsfähigkeit nach etwa 10 Jahren erschöpft ist, und der*die
26 Profisportler*in anschließend die Bühne wieder verlässt, wobei
27 selbstredend einige Ausnahmen bestehen, die für die
28 Ausgestaltung eines Mindestlohns als Lohnuntergrenze jedoch keine
29 Rolle spielen. Gleichzeitig besteht die „Ausbildung“ im Segment
30 Profisport durch jahrelanges Training im Amateur*innensegment,
31 sodass hinsichtlich der Qualifikation der Profisport durchaus mit
32 Berufen mit Universitätsabschluss verglichen werden kann.

33
34 Die Höhe des Branchenmindestvergütung richtet sich nach dem
35 Äquivalenzeinkommen, welches eine Person mit vergleichbarem
36 Abschluss in einem anderen Segment erzielt. Hierbei erachten wir einen
37 Universitätsabschluss am ehesten für gleichwertig. Dieser erzielt ein
38 Lebenseinkommen von ca. 1 Million EUR. Unter der Annahme,
39 dass Spitzensportler*innen 10 Jahre im Profisport verweilen und
40 anschließend noch 30 Jahre in einem qualifikationsfremden Segment
41 arbeiten, in welchem sie ein Jahreseinkommen von 20.000 EUR p.a.
42 erzielen, müssen Sportler*innen ein Jahreseinkommen von mindestens
43 40.000 EUR während der aktiven Sportkarriere erzielen, um

1 das Äquivalenzeinkommen eines Jobs mit Universitätsabschluss zu
2 erzielen. Dementsprechend fordern wir eine abgestufte
3 Branchenmindestvergütung in Höhe von bis zu 40.000 EUR pro Jahr in
4 den obersten Leistungsklassen. Diese Vergütung muss anteilig auch
5 von öffentlichen Geldern bezahlt werden, um zu verhindern dass
6 Vereine deswegen keinen Spitzensport mehr finanzieren können, oder
7 Schlimmstenfalls pleitegehen.
8 Somit ist sichergestellt, dass Karrieren im Profisport unabhängig von
9 Vermögen, Elternhaus und Partner*innenschaft möglich sind.

10

11 **Gleichstellung der Geschlechter im Spitzensport** Unter

12 Gleichstellung (Equal Pay) verstehen wir, dass Frauen in der jeweils
13 gewählten Sportart das gleiche verdienen wie Männer in ihrer
14 jeweiligen Sportart auf dem gleichen Leistungsniveau. Entsprechend
15 wollen wir vergleichsweise (mit ihren männlichen Kollegen) unbekannte
16 Damenteams fördern und ihnen die Möglichkeit einräumen, sich zu
17 professionalisieren. Wir unterscheiden dabei im Folgenden
18 zwischen Teamsportarten und Einzelsportarten.

19 Für Teamsportarten erachten wir es als sinnvoll, den Etat des Vereins in
20 zwei gleich große Töpfe zu unterteilen. Dabei muss der Etat des
21 männlichen Teams dem des weiblichen Teams entsprechen.

22 Entsprechend müssen Gehaltszahlungen aus dem Topf des weiblichen
23 Teams jenen des männlichen Teams entsprechen. Entscheidend ist
24 dabei, dass das gleiche Leistungsniveau besteht. Wenn beide Teams in
25 der gleichen Liga spielen, ist dies gegeben. Trotzdem sollen auch
26 Damenteams, die sich im Aufbau befinden mit einem angemessenen
27 Prozentsatz gefördert werden. Im Durchschnitt verdienen Frauen dann
28 das, was Männer im Durchschnitt verdienen. Dies mag zu Einschnitten
29 bei den männlichen Teams führen, wertet aber den Frauensport
30 deutlich auf und kann in zahlreichen Sportarten, beispielsweise dem
31 Fußball, dazu führen, international eine Vorreiter*innenrolle
32 einzunehmen.

33

34 Des Weiteren sollen bei öffentlichen Zuschüssen an Sportvereine, die
35 auf Mitgliederzahlen basieren, weibliche Mitglieder finanzielle
36 bevorzugt werden. Dies gilt insbesondere für Sportarten in denen
37 Frauen und Mädchen unterrepräsentiert sind. Dies stellt einen Anreiz
38 für Vereine dar, mehr weibliche Mitglieder/weibliche Mannschaften zu
39 rekrutieren.

40 Bei olympischen Disziplinen werden gleiche Pauschalsätze für die
41 Förderung festgelegt. Unabhängig der Geschlechter werden identische
42 Prämien für Medaillengewinne ausgezahlt. Dies stellt insbesondere
43 Nischensportarten mit dem Breitensport gleich.

A03

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Das Oktoberfest-Attentat von 1980 in die bayerischen Lehrpläne aufnehmen

Antragsteller*innen Jusos München

Adressat*innen Jusos Bayern, BayernSPD, SPD-Landtagsfraktion

- 1 Die SPD-Fraktion im bayerischen Landtag hat letztes Jahr beantragt,
- 2 dass das Oktoberfestattentat in die bayerischen Lehrpläne
- 3 aufgenommen werden soll. Der bayerische Landtag hat dies mit einer
- 4 Mehrheit aus CSU und Freien Wählern abgelehnt. Wir sagen: das ist ein
- 5 Skandal. Unsere Forderung ist und bleibt:
- 6
- 7 Das rechtsterroristische Attentat auf das Münchner Oktoberfest vom
- 8 26.09.1980 wird in die Lehrpläne des Freistaates Bayern aufgenommen.
- 9
- 10 Seit Jahrzehnten erinnern wir in München jedes Jahr gemeinsam mit
- 11 der Münchner Gewerkschaftsjugend, der SPD und anderen Parteien
- 12 und der Stadtgesellschaft am 26.09. an das rechtsterroristische
- 13 Oktoberfest-Attentat. Das öffentliche Bewusstsein über den Anschlag
- 14 und seine Hintergründe war nie hoch und hat insbesondere unter
- 15 jüngeren Menschen abgenommen. Lediglich 2020 gab es einige
- 16 Aufmerksamkeit: das Attentat jährte sich zum 40. Mal und die
- 17 Bundesanwaltschaft hatte im Juni bestätigt, dass es sich bei dem
- 18 Anschlag um einen rechten Terrorakt handelte, sodass in diesem Jahr
- 19 zum ersten Mal ein Bayerischer Ministerpräsident und der
- 20 Bundespräsident zur Gedenkfeier kamen. Wir halten es für elementar
- 21 wichtig, dass das Andenken an die Toten und Betroffenen des größten
- 22 Terroranschlags in der Bundesrepublik Deutschland sowie das Wissen
- 23 um die rechtsterroristischen Hintergründe, deren Kontinuitäten sich bis
- 24 heute verfolgen lassen, fest im Bewusstsein der Bevölkerung verankert
- 25 wird. Nur so können zukünftig rechte Aktivitäten eingeschränkt und
- 26 rechter Terror verhindert werden. Gemeinsame Erinnerung und Wissen
- 27 stärken unsere Demokratie in Zukunft. Daher ist höchste Zeit, das
- 28 Attentat in den bayerischen Schulunterricht aufzunehmen.

1 Dabei müssen insbesondere sowohl der rechtsterroristische
2 Hintergrund, als auch die vielen Fehler der Ermittlungsbehörden und
3 der Politik thematisiert werden.
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

A04

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

ÖPNV zukunftsfest machen und gerecht finanzieren: Nahverkehrsbeitrag und Solidarisches Bürger*innenticket für München!

Antragsteller*innen Jusos München

Adressat*innen SPD Landtagsfraktion, Jusos Oberbayern
Bezirkskonferenz, Jusos Bayern Landeskonferenz

- 1 Die Sozialdemokratie strebt in München vielfältige Investitionen in
2 den ÖPNV und die Investitionen in den ÖPNV und die
3 Mobilitätswende an. Wir wollen nichts weniger als Mobilität im
4 gesamten MVV-Gebiet angesichts der Herausforderungen des
5 Bevölkerungswachstums, der neuen Anforderungen an Mobilität
6 und des Klimawandels auf eine neue Stufe heben. Dafür werden wir
7 den ÖPNV stärker und bezahlbarer machen.
8
- 9 In den nächsten Jahren liegen umfangreiche Investitionen vor uns. Es
10 muss sowohl soweit möglich im bestehenden Netz von U-Bahn, Bus
11 und Tram Taktverdichtungen als auch weitere
12 Ausbauoffensiven zur Verbesserung des Netzes geben. So wollen wir in
13 den nächsten Jahren mindestens die Tram-Westtangente, die Tram-
14 Nordtangente und die Tram 23/24 bis Fröttmaning und zur
15 Bayernkaserne bzw. die Tram Y zum Entwicklungsgebiet im
16 Münchner Norden sowie die Tram 17 zum Entwicklungsgebiet SEM
17 Nordost bauen. Außerdem streben wir die Verwirklichung der Nord-
18 Süd-U-Bahn (U9), die Verlängerung der U5 nach Pasing und Freiham,
19 eine U-Bahn-Ringlinie, die Verlängerung der U4 über Engelschalking
20 zur Messestadt Riem und die U26 (Verbindung U2/6 im Münchner
21 Norden) an.
22
- 23 Der ÖPNV ist gerade in Bayern aufgrund des Handelns der
24 Staatsregierung seit Jahren
25 hoffnungslos unterfinanziert, auch die Investitionszuschüsse vom Bund
26 müssen für die skizzierten anstehenden Maßnahmen nicht nur deutlich

1 ausgeweitet, sondern auch hinsichtlich der Fördermechanismen
2 ("Standardisierte Bewertung") überarbeitet werden. Um zur
3 Verkehrswende aus eigener Kraft einen höheren Beitrag zu leisten,
4 fordern wir die Einführung eines Nahverkehrsbeitrags.
5
6 Ziel wäre es die Bevölkerung an der Finanzierung der Verkehrswende
7 und hier insbesondere am Ausbau des ÖPNV zu beteiligen -
8 unabhängig davon ob dieser von den einzelnen Beitragszahler*innen
9 genutzt wird oder nicht. Hierzu wäre eine Änderung des
10 Kommunalabgabengesetz (KAG) von Seiten des Freistaats notwendig.
11 Diese würde es der Stadt ermöglichen, alle Münchner*innen zu einem
12 zweckgebundenen Beitrag heranzuziehen und ließe ihr den Spielraum
13 den Beitrag sinnvoll und sozial gerecht auszugestalten. Alle rechtlich
14 verpflichteten Beitragszahler*innen würden im Gegenzug ein
15 solidarisches Bürger*innenticket ("beitragsrechtlicher Sondervorteil"),
16 beispielsweise für den Bereich der M-Zone, erhalten. Als
17 Beitragszahlende kommen (je nach Ausgestaltung) alle in
18 München gemeldeten Personen in Betracht, die ein gewisses
19 Jahreseinkommen erzielen. Erhoben werden könnte der Beitrag von der
20 Münchner Stadtverwaltung.
21
22 Nach diesem Vorbild sollen auch die umliegenden Landkreise im
23 MVV-Netz Beiträge erheben um die Verkehrswende voran zu bringen
24 und den Ausbau von S- und U-Bahnnetz sowie den Bussen zu stärken.
25 Beitragszahler*innen können Tickets ab ihrem Wohnort vergünstigt
26 oder kostenfrei erhalten.
27
28 Alle in und um München Wohnende könnten damit, sogar bemessen an
29 ihrer individuellen Leistungsfähigkeit, zur Finanzierung der
30 Mobilitätswende herangezogen werden und alle würden in Bezug auf
31 ihre individuellen Mobilitätsoptionen profitieren. Darüber hinaus wären
32 gesamtstadtgesellschaftlich positive Effekte zu erwarten. Es wären
33 Anreize zur Nutzung des ÖPNV gesetzt, der (motorisierte)
34 Individualverkehr könnte langfristig reduziert, ein Beitrag zum
35 Klimaschutz geleistet und der öffentliche Raum gerechter verteilt
36 werden.
37
38
39
40
41
42
43

A05

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Verbot von Rück- und Rundfahrten im MVVZonen- und Kurzstreckentarif abschaffen

Antragsteller*innen Jusos München

Adressat*innen BK Jusos Oberbayern, SPD Oberbayern

- 1 Das im MVV-Zonentarif (MVV-Gemeinschaftstarif Teil B, I. 2.
- 2 „Zonentarif“) und Kurzstreckentarif (MVV-Gemeinschaftstarif Teil B, I. 3.
- 3 „Kurzstreckentarif“) enthaltene Verbot von Rück- und Rundfahrten bei
- 4 der Nutzung von Kurzstrecken-, Einzel- und Streifenfahrkarten soll zum
- 5 nächstmöglichen Fahrplanwechsel abgeschafft werden. Innerhalb der
- 6 gewählten Zone(n) sollen während einer Gültigkeitsdauer von drei
- 7 Stunden bzw. einer Stunde im Kurzstreckentarif ab Entwertung beliebig
- 8 viele Fahrten in beliebiger Richtung mit beliebiger Wahl der
- 9 Verkehrsmittel möglich sein.
- 10
- 11
- 12
- 13
- 14
- 15
- 16
- 17
- 18
- 19
- 20
- 21
- 22
- 23
- 24
- 25
- 26
- 27
- 28
- 29
- 30

A06

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Kinder sind ein Vollzeitjob – Dauerhafte Anpassung der Entschädigungsregelung für Eltern im Infektionsschutzgesetz

Antragsteller*innen Jusos München

Adressat*innen Juso-Bezirkskonferenz Oberbayern, Juso-Landeskonferenz Bayern, Juso-Bundeskongress

1 Als während der ersten Welle der Corona-Pandemie bundesweit
2 Schulen und Kitas geschlossen wurden, wurde das
3 Infektionsschutzgesetz um eine bis zum Jahresende 2020 befristete
4 Entschädigungsregelung für Eltern erweitert. Eltern von Kindern unter
5 12 Jahren, die diese in Folge einer Kita- oder Schulschließung betreuen
6 müssen, haben Anspruch auf den Ersatz von 67% des Verdienstauffalls
7 bzw. 2016€ im Monat bis zu 10 Wochen pro Elternteil bzw. 20 Wochen
8 bei Alleinerziehenden. Diese kann auch tageweise in Anspruch
9 genommen werden. Die Zahlung wird von den Arbeitgeber*innen
10 geleistet, die sich wiederum eine staatliche Entschädigung auszahlen
11 lassen können. Entsprechend können auch Selbständige die
12 Entschädigung beantragen. Seit der Änderung
13 des Infektionsschutzgesetz im November gibt es die gleiche
14 Entschädigung auch für Eltern, deren Kinder in häuslicher Quarantäne
15 sind.

16
17 Dieses Entschädigungsprogramm ist sehr zu begrüßen, allerdings sind
18 67% des Verdienstauffalls besonders für Geringverdiener*innen schnell
19 zu wenig. Auch eine Begrenzung auf 20 Wochen ist nicht sinnvoll, da im
20 Extremfall auch diese überschritten werden können. Gleichzeitig ist die
21 Entschädigung an Bedingungen geknüpft. So müssen Eltern selbst
22 gegenüber den Arbeitgeber*innen nachweisen, dass sie keine
23 anderweitige zumutbare Betreuungsmöglichkeit in Anspruch nehmen
24 können und, dass die Arbeit im Home Office nicht möglich oder nicht
25 zumutbar ist. Dies führte oft zu zusätzlichen Konflikten mit den
26 Arbeitgeber*innen, da die Vorstellungen darüber, was zumutbar ist, bei
27 vielen auseinander gingen. Während des Lockdowns gab es

1 kaum zumutbare Betreuungsmöglichkeiten außer der Notbetreuung,
2 die auf Arbeitnehmer*innen in sogenannten systemrelevanten
3 Bereichen beschränkt war; Im Home Office zu arbeiten und gleichzeitig
4 Kinder zu betreuen sollte grundsätzlich als nicht zumutbar
5 angesehen werden. Aus unserer Sicht ist es außerdem notwendig, dass
6 das Recht auf Entschädigung für Eltern im Fall von Kita- und
7 Schulschließungen nicht nur eine Corona-Sonderregelung bleibt,
8 sondern dauerhaft im Infektionsschutzgesetz verankert wird. Erstens ist
9 die Pandemie lange nicht vorbei, zweitens sieht
10 das Infektionsschutzgesetz auch außerhalb einer Pandemie die
11 Möglichkeit der Schließung einzelner Schulen und Kitas im Fall des
12 Ausbruchs von Infektionskrankheiten vor. Drittens sollte gerade das
13 Infektionsschutzgesetz auf Notfälle vorbereiten. Sollte es jemals wieder
14 zu einer vergleichbaren Pandemie kommen sollte nicht von
15 vorne angefangen werden müssen.

16
17 Daher fordern wir:

- 18
19 • Die Erhöhung der Entschädigungszahlung auf 100% des
20 Verdienstaufschlags für kleine und mittlere Einkommen. Es soll
21 ein Höchstwert der Entschädigung festgelegt werden, der ab
22 hohen Einkommen greift.
- 23
24 • Die Entschädigung muss für die gesamte Dauer der Schließung
25 gezahlt werden. Dabei muss trotzdem darauf geachtet
26 werden, dass die Auszahlung in voller Höhe an die paritätische
27 Beteiligung beider Elternteile an der Betreuung geknüpft ist.
- 28
29 • Die Verankerung eines Rechts auf Freistellung zum Zweck der
30 Kinderbetreuung. Ausnahmen müssen klar geregelt sein und
31 die Beweislast bei den Arbeitgeber*innen liegen. In keinem
32 Fall zumutbar ist die Betreuung außer Haus außerhalb
33 einer offiziellen Notbetreuung, oder gar das Kind mit in die
34 Arbeit zu nehmen.
- 35
36 • Wer Home Office macht, kann nicht gleichzeitig für ein oder
37 mehrere Kinder da sein. Inwieweit betroffene Eltern Home
38 Office für zumutbar halten sollte ihnen selbst überlassen sein,
39 dabei sollte es auch möglich sein, die Arbeitszeit bei teilweise
40 Inanspruchnahme der Entschädigung zu reduzieren.
- 41
42 • Die Verstärkung der Änderungen zur Entschädigung von Eltern
43 im Infektionsschutzgesetz.

1
2
3
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

- Wenn ein Regelbetrieb in Kitas aufgrund hoher Infektionszahlen als nicht mehr sicher eingestuft wird, sollte es nicht den Eltern überlassen bleiben, ob sie ihre Kinder zuhause lassen. Die Maßnahme muss so getroffen werden, dass die Entschädigungsregelung wirksam wird.

A07

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Vernetzung und Reflexion – jetzt noch besser!

Antragsteller*innen Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landesvorstand der Jusos Bayern

- 1 Aktuell halten wir während einer Bezirkskonferenz das sogenannte
2 Frauen-Vernetzungstreffen und das Männer-Reflexionstreffen ab. Mit
3 dieser Trennung nach dem binären Geschlecht schon durch den
4 Namen, werden Personen ausgeschlossen. Das wollen wir mit diesem
5 Antrag ändern.
6
7 Wir stimmen weiterhin zu, dass eines der Treffen ein Empowerment-
8 Treffen sein sollte und ein sogenannter "safer space" für die
9 Teilnehmer*innen sein soll. Es soll eine sichere Umgebung geschaffen
10 werden, in der Probleme oder Diskriminierungserfahrungen offen
11 angesprochen werden können und in der man sich gegenseitig Mut
12 zusprechen kann, ohne Angst zu haben, dass Inhalte nach Außen
13 dringen. Dieser Raum soll nur marginalisierten Gruppen offen stehen.
14 Männer sind in der Gesellschaft betrachtet keine marginalisierte
15 Gruppe und sollen daher weiter am Reflexionstreffen teilnehmen.
16 Als neuen Namen für das ehemalige Frauenvernetzungstreffen
17 schlagen wir FINT(Frauen, Intersexuelle, Non-Binary, und
18 Transsexuelle)-Treffen vor. Alle Menschen, die sich in dem FINT Begriff
19 wiederfinden, sind in der Gesellschaft marginalisierte Gruppen
20 und sollten das Recht haben, an den Empowerment-Treffen
21 teilzunehmen und dort einen safe-space zu haben.
22
23 Es reicht uns nicht, dass sie ja bei den Frauenvernetzungstreffen
24 "mitgemeint" sind, sondern wir möchten durch die Namensänderung
25 ein aktives Zeichen setzen.
26
27 Außerdem möchten wir, dass das Männerreflexionstreffen in Zukunft
28 nicht nur von Männern vorbereitet wird, sondern, dass der*die

1 Gleichstellungsbeauftragte*r an der Vorbereitung beteiligt ist. Des
2 Weiteren möchten wir das Reflexionstreffen auch für FINT-Personen
3 öffnen, wenn diese über ihre Erfahrungen berichten oder sich an
4 den Diskussionen beteiligen möchten.

5

6 Dadurch sind wir uns sicher, dass mehr Verständnis geschaffen werden
7 kann und Vorurteile abgebaut werden.

8

9 **Ad hoc Awareness Plena**

10 Eine Veranstaltung, ganz egal ob Bezirkskonferenz oder eine andere
11 Veranstaltung, ist dynamisch in ihrem Ablauf. Dies hat zur Folge, dass
12 zu jeder Zeit Handlungen oder Worte passieren können, die
13 diskriminierend und verletzend sind. Derlei Vorkommnisse müssen wir
14 ernst nehmen und der Aufarbeitung dieser genügend Raum geben, da
15 wir als Verband einen Raum bieten wollen, in dem solche Erfahrungen
16 nicht toleriert werden und wir unsere Mitglieder darin bestärken wollen
17 diskriminierungsfrei zu sprechen und zu leben.

18

19 Wir leben in einer Gesellschaft, in der Diskriminierung vorgelebt wird
20 und wir alle solche Verhaltensweisen demnach durch Sozialisation
21 erlernt haben, deshalb kann es vorkommen, dass wir unseren eigenen
22 Ansprüchen nicht genügen. Umso wichtiger ist es, offen und direkt über
23 solche Fehler zu sprechen, mit dem Ziel etwas daraus zu lernen und
24 sensibler zu werden. Nur wenn wir uns selbst dazu auffordern unser
25 Verhalten kritisch zu reflektieren, können wir lernen, diskriminierendes
26 Sprechen und Verhalten zu verlernen.

27

28 Als wichtiges Instrument zur Bewusstseins-schaffung sehen wir deshalb
29 Ad hoc Awareness-Plena an. Diese sollen als Ergänzung zu den bereits
30 bestehenden FINT-Vernetzungstreffen und Männerreflexionsrunden
31 eingeführt werden, um im Falle eines Vorfalles, der sofortige
32 Aufarbeitung bedarf, abgehalten zu werden. Dies dient
33 der Aufarbeitung und Bewusstseins-schaffung der Problembehaftung
34 des Verhaltens und ist explizit nicht als Pranger zu verstehen.

35

36 **Einberufung eines Ad-hoc Awareness Plenums:**

37 Die Ad-hoc Plena können über das Awarenesssteam, das allgemein als
38 Ansprechpartner*in für alle fungiert, einberufen werden. Personen, die
39 mit einem Anliegen an das Awarenesssteam herantreten, können dieses
40 bitten ein Ad-hoc Plenum einzuberufen, damit direkt und für alle
41 Anwesenden wahrnehmbar über das problematische
42 Verhalten gesprochen wird. Vom Awarenesssteam einberufene Plena
43 werden ohne Abstimmung der Konferenz, also in jedem Fall

1 abgehalten, da dieses bereits abgewogen hat, ob die Unterbrechung
2 der Konferenz gerechtfertigt ist, wobei im Zweifel der Grundsatz
3 gilt, dass eine Diskriminierung vorliegt, wenn dies so empfunden wird.
4 Denn solche Erfahrungen werden subjektiv wahrgenommen und wir
5 wollen das Erleben einer Person ernst nehmen.

6

7 Als milderer Mittel kann bei kleineren Vorfällen zudem ein Wortbeitrag
8 von Konferenzteilnehmer*innen oder der Konferenzleitung in die
9 Redner*innenliste eingefügt werden. In diesem Wortbeitrag soll
10 ausschließlich zum problematischen Verhalten gesprochen werden.

11

12 **Vernetzungsformate auf Landesebene**

13 Im Sinne der Intersektionalität ist es auf jeden Fall wünschenswert, dass
14 nicht nur die Vernetzung von FINT-Personen stattfindet, sondern von
15 allen Personen, die aus verschiedenen Gründen Diskriminierung und
16 Marginalisierung in unserer Gesellschaft erleben, so zum Beispiel BPoC.
17 Diese erscheinen jedoch nur sinnvoll, wenn eine sinnvolle Menge an
18 betroffenen Personen teilnehmen kann, da sonst die Gefahr
19 der weiteren Marginalisierung steigt. Aus diesem Grund haben wir uns
20 gegen diese Vernetzungsformate auf Bezirksebene entschieden. Da wir
21 diese jedoch für notwendig erachten, wollen wir diese auf Landesebene
22 etablieren, wo die kritische Masse gegeben sein könnte. Wir fordern
23 daher den LaVo auf, Konzepte für intersektionelle Vernetzungstreffen
24 zu entwickeln. Wir wollen in unseren Vernetzungstreffen
25 zudem verstärkt auf Mehrfachdiskriminierungen eingehen.

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

A08

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Wir wollen mehr! Unsere Forderungen an die Novellierung des Betriebsverfassungsgesetzes

Antragsteller*innen Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Wir Jusos wollen die
2 weitreichenden Veränderungen nicht denen überlassen, deren
3 Hauptinteresse die Vermehrung von Kapital ist.

4

5 ***Uns aus dem Elend zu erlösen können wir nur selber tun.***

6

7 Die Demokratisierung aller Lebensbereiche ist eine Kernüberzeugung
8 der Sozialdemokratie. Diese wollen wir voranbringen. Die Betriebliche
9 Mitbestimmung muss endlich ausgeweitet werden auf
10 unternehmerische Fragen, die entscheidend sind für die
11 Fortentwicklung der Arbeitswelt. Denn wer hat größeres Interesse an
12 einer nachhaltigen, innovativen und zukunftsfähigen Industrie als die
13 Arbeitenden selbst?

14

Mehr Mitbestimmung

15 Die Arbeitswelt befindet sich im Wandel. Der digitale Wandel ist in
16 vollem Gange und auch die Arbeitsfelder verändern sich. Die Wirtschaft
17 befindet sich in einem Transformationsprozess, in dem die Bedeutung
18 des Dienstleistungssektors beständig wächst und der Anteil des
19 produzierenden Gewerbes schrumpft. Mit Blick auf die globalen
20 Herausforderung des Klimawandels müssen wir uns gleichzeitig die
21 Frage stellen, unter welchen Bedingungen wir arbeiten und wie wir
22 produzieren wollen. Angesichts dieser Herausforderungen stellen wir
23 fest, dass eine Wirtschaftsweise, in der Entscheidungen in
24 Unternehmen zuerst unter dem Kriterium (kurzfristigen) Profits
25

1 getroffen werden, diese Fragen nicht wird beantworten können und
2 teilweise sogar im Widerspruch steht. Die Lösung dieser Probleme ist
3 nur bedingt in staatlichen Vorgaben und Eingriffen zu suchen.
4 Damit die sozial-ökologische Transformation, gute Arbeitsbedingungen
5 und Innovationen möglich sind, sind die Arbeitenden selbst gefragt. Es
6 ist an der Zeit, die betriebliche Mitbestimmung weiter zu entwickeln.
7 Die Arbeitenden sind dazu in der Lage, sich an der unternehmerischen
8 Verantwortung zu beteiligen und auch über Maßnahmen der
9 Berufsbildung mitzubestimmen.

10

11 Zu Beginn des vergangenen Jahrhunderts war völlig klar, dass
12 Kapitalist*innen nicht nur die Produktionsmittel stellten und
13 Arbeitskraft einkauften, sondern auch die Verantwortung trugen,
14 Sparsamkeit, Effizienz und Marktorientierung auszubalancieren. Die
15 Produktivkraft hat sich jedoch in den vergangenen Jahren in hohem Maße
16 entwickelt. In vielen Arbeitsfeldern ist es heute selbstverständlich, dass
17 Arbeiten nicht nur auf Anweisung ganz nach dem Top-Down Prinzip
18 verrichtet werden, sondern die Arbeitenden selbst nicht nur ihre Arbeit
19 verrichten, sondern auch ihre eigene Arbeit „bearbeiten“, sie setzen
20 sich also mit ihrer eigenen Arbeitstätigkeit auseinander. Menschen sind
21 dazu in der Lage, ihre eigene Arbeit und Zusammenarbeit zu
22 verbessern. Prozesse zu optimieren, im Team Lösungen und
23 Innovationen zu entwickeln - die Unternehmenskultur hat sich
24 verändert und die Arbeitenden selbst haben daran großen Anteil.

25

26 **Deshalb fordern wir, die Mitbestimmung und Mitwirkung der** 27 **Arbeitnehmer*innen auszuweiten:**

- 28 - Arbeitgeber*innen und Betriebsrat legen gemeinsam
29 Unternehmensziele fest
- 30 - Ein Wirtschaftsausschuss ist in Unternehmen mit mindestens 10
31 ständig beschäftigten Arbeitnehmer*innen zu bilden
- 32 - Der Wirtschaftsausschuss wird in alle unternehmerischen
33 Entscheidungen einbezogen und erhält ein echtes
34 Mitbestimmungsrecht
- 35 - Betriebs- und Teilbetriebsänderungen müssen im Einvernehmen
36 mit dem Betriebsrat beschlossen werden
- 37 - Wann immer ein Aufsichtsrat vorhanden ist, muss dieser
38 paritätisch mit Vertreter*innen von Arbeitnehmer*innen- und
39 Arbeitgeber*innenseite besetzt sein, das doppelte Stimmrecht
40 des*der Aufsichtsratsvorsitzenden wird abgeschafft, in
41 Pattsituationen wird eine Betriebsabstimmung durchgeführt
42 oder eine Vermittlungstelle angerufen

- 1 - Betriebsrat und Arbeitgeber einigen sich gemeinsam auf
2 Maßnahmen der Berufsbildung

3

4 **Mehr Vielfalt**

5 Viel zu oft werden auch Betriebsräte von denjenigen Gruppen
6 dominiert, die in unserer Gesellschaft dominieren. Auch beim
7 Empowerment neuer Betriebsrät*innen werden - wenn auch häufig
8 unterbewusst - diejenigen gefördert, die den amtierenden Räten
9 ähnlich sind. Dies erschwert es Minderheiten im Betrieb, eine Stimme
10 zu erlangen. Wir sehen es als Aufgabe des Betriebsrates, dass er die
11 Arbeitenden nicht nur vertritt, sondern sie auch in ihrer Vielfalt
12 repräsentiert. Es ist längst bewiesen, dass Diversität erfolgreiche
13 Zusammenarbeit wahrscheinlicher macht.

14

15 **Deshalb fordern wir:**

- 16 - Nachbesserung bei der Quotenregelung von Frauen: In jedem
17 Betriebsrat sollen prozentual mindestens so viele Frauen
18 vertreten sein, wie dies unter den Arbeitenden der Fall ist. Das
19 bedeutet, dass die Anzahl der Frauen, die zu vertreten sind,
20 immer auf die nächsthöhere ganze Zahl aufgerundet werden
21 müssen
- 22 - Der Betriebsrat soll divers sein - das heißt auch, dass Personen
23 aus unterrepräsentierten Gruppen, zum Beispiel Migrant*innen
24 und BPoC, besonders zur Mitarbeit im Betriebsrat ermutigt
25 werden sollen.

26

27

28 **Mehr Rechtssicherheit**

29 Allzu oft wird die Gründung von Betriebsräten von den
30 Arbeitgeber*innen sabotiert, genauso wie Betriebsratswahlen oder
31 auch die tägliche Arbeit der Betriebsräte. Dies ist zu Recht strafbar.
32 Dennoch werden Arbeitgeber*innen deswegen selten verurteilt. Der
33 Grund: Die Straftat muss nach 119 Abs.2 BetrVG erst angezeigt werden
34 und das darf auch nicht jede*r. Es besteht also eine gesetzliche
35 Hemmschwelle, die aufgrund von Einschüchterungen oder der
36 mangelnden Verbindung zu einer Gewerkschaft schwer zu
37 überschreiten ist.

38

39 **Daher fordern wir:**

- 40 - die Einrichtung von Schwerpunktstaatsanwaltschaften zu
41 Arbeits- und Betriebsratsrecht

- 1 - Die Streichung von 119 Abs.2 BetrVG, damit die
2 Staatsanwaltschaft bereits bei eigenständiger Kenntnis
3 Ermittlungen einleiten muss.
4
5

6 **Gründung vereinfachen und mehr Empowerment und Werbung**

7 Das Betriebsverfassungsgesetz gibt vor, dass in Betrieben mit
8 mindestens fünf wahlberechtigten Arbeitnehmer*innen, von denen
9 mindestens drei wählbar sind, ein Betriebsrat gewählt wird (BetrVG §1).
10 Es handelt sich hierbei somit um keine kann- oder soll-Bestimmung.
11 Deshalb muss hier mehr darauf geachtet werden, dass in diesen
12 Betrieben Betriebsräte gegründet werden. Wir als Jusos kämpfen für
13 eine Demokratisierung aller Lebensbereiche. Da die Arbeit einen
14 wesentlichen Teil der Lebenszeit der Menschen einnimmt, ist für uns
15 klar, dass gerade hier mehr getan werden muss. Eine demokratische
16 Gesellschaft, in der einer der größten Bereiche des Lebens nicht
17 demokratisch organisiert ist, scheitert an ihren eigenen Ansprüchen.
18 Deshalb ist für uns klar, dass die Mitbestimmung in den Betrieben ein
19 wesentliches Element hin zu einer besseren, weil demokratischeren
20 Gesellschaft ist. Die Betriebe tragen eine Verantwortung für die
21 ökologische und soziale Zukunft. Ein Denken, in dem lediglich die
22 Profitmaximierung an erster Stelle steht, und alles andere nachrangig
23 behandelt wird, ist angesichts der gesellschaftlichen Umbrüche und der
24 Bedrohung durch den Klimawandel nicht tragbar. Die gesamte
25 Gesellschaft ist hierbei gefragt, diese Probleme zu lösen und wir sind
26 überzeugt davon, dass mehr Mitbestimmung in den Betrieben hierfür
27 notwendig ist.

28 Im aktuellen Referentenentwurf des Bundesarbeitsministeriums ist
29 bereits vorgesehen, dass das vereinfachte Wahlverfahren ausgeweitet
30 werden soll. Das ist gut, jedoch nicht annähernd ausreichend, um das
31 Ziel der weiteren Verbreitung von Betriebsräten zu erreichen.
32

33 **Deshalb fordern wir:**

- 34 - Wahlrecht für alle, unabhängig vom Alter (bislang nur Personen
35 über 18 Jahre Wahlberechtigt)
36 - Verbandsklagerecht
37 - Kündigungsschutz ausweiten: gilt auch schon vor Einsetzung
38 eines Wahlvorstandes; Arbeitsverhältnis gilt als bestehend und
39 Zugang zum Betrieb bleibt bestehen bis Arbeitsgericht
40 Kündigung bestätigt
41 - keine öffentliche Aufträge für Betriebe ohne Betriebsrat
42

1 Die geringe Verbreitung von Betriebsräten in den Unternehmen hängt
2 aber nicht nur von der Verweigerung von Unternehmen ab: Gerade in
3 jungen Firmen und kleinen Betrieben und Start-Ups ist das Bewusstsein
4 der Notwendigkeit von Betriebsräten oft nicht vorhanden. Viele
5 Beschäftigte sehen darin keine Vorteile für sich, sondern schwerfällige,
6 bürokratische Institutionen, die aus der Zeit gefallen sind (ein Image, an
7 dem teilweise auch die Außenwirkung mancher Betriebsräte schuld ist).
8 Zugleich ist zu beobachten, dass Betriebsräte in Ostdeutschland sogar
9 noch weniger verankert sind. Dies liegt an dem völligen wirtschaftlichen
10 Bruch und der Deindustrialisierung, die mit der Wende und dem Wirken
11 der Treuhand-Anstalt kamen. Während es in den alten Bundesländern
12 immer noch viele alteingesessene Großbetriebe gibt, deren Belegschaft
13 stark gewerkschaftlich gebunden ist und die seit Jahrzehnten
14 Betriebsräte fest verankert haben, gilt dies für die oft jungen und
15 kleinen Betriebe in Ostdeutschland nicht. Außerdem herrscht durch die
16 Erfahrungen des technokratischen Realsozialismus der DDR in
17 Ostdeutschland ein größeres Misstrauen gegen Organisationen, die
18 vorgeben, das Interesse der Arbeitenden zu vertreten und für sie zu
19 sprechen.

20

21 **Daher fordern wir:**

- 22 - es eine Informations- und Werbekampagne, um die
- 23 Beschäftigten von dem Nutzen von Betriebsräten zu überzeugen
- 24 und deren Neugründung zu fördern;
- 25 - der Fokus der Kampagne soll auf kleinen Betrieben und Start-
- 26 Ups liegen;
- 27 - und besonders die Situation in den neuen Bundesländern in den
- 28 Fokus nehmen.

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

A09

Schulen sollen stärken

Antragsteller*innen Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen Juso-Landeskonferenz, SPD-Landesparteitag, SPD-Landtagsfraktion

1 "Die Schulen sollen nicht nur Wissen und Können vermitteln, sondern
2 auch Herz und Charakter bilden" - so steht es seit 74 Jahren in Artikel
3 131 der Bayerischen Verfassung, doch von der Erfüllung dieses
4 Versprechens sind wir insbesondere in Corona-Zeiten weit entfernt.
5 Immer noch wird zu viel Wert gelegt auf reine Faktenvermittlung, deren
6 lebensweltlicher Bezug oftmals fragwürdig ist.
7 Über dem Lernen als Wert an sich wird immer wieder die Abprüfbarkeit
8 des Lernstoffes gestellt. Die Diskussion um Öffnung und Schließung von
9 Schulen drehte sich zu oft um Fragen der (Abschluss-)Prüfungen, aber
10 zu selten um pädagogische Fragen. Zusätzlich zu den Belastungen
11 während der Pandemie sollen die Schüler*innen vor allem Leistungen
12 erbringen - aus diesem Grund wurden sogar die Faschingsferien in
13 Bayern gestrichen.
14 In der aktuellen Zeit der großen Belastung, in der psychische
15 Erkrankungen von Kindern und Jugendlichen massiv ansteigen, aber
16 auch für die Zeit nach der Pandemie ist es wichtig, die psychische
17 Stärkung der Lernenden endlich in den Fokus der Bildung zu lenken.
18
19 Die psychische Gesundheit der Schüler*innen leidet unter dem
20 Leistungs- und Selektionsdruck unseres Schulsystems. Für uns ist klar,
21 dass Leistungsdruck und gegliedertes Schulsystem fallen müssen, um
22 Stress und massive Belastung wirksam aus den Schulen zu vertreiben.
23 Aber auch im aktuellen Bildungssystem wollen wir den Fokus so
24 verschieben, dass die Stärkung der psychischen Gesundheit der Kinder
25 und ihr allgemeines Wohlbefinden einen höheren Stellenwert erhält.
26 Uns ist dabei wichtig, dass unsere Überlegungen für alle Schulformen
27 gültig sind und wir insbesondere weg wollen von der Überbetonung
28 von Gymnasium und Abitur, um auch anderen Schulformen zur
29 Aufmerksamkeit zu verhelfen, die sie verdienen.

1 **Keine Entscheidung ohne Schüler*innen**

2 Die momentanen Zeiten sind für alle eine Herausforderung. Auch die
3 Schüler*innen leiden massiv darunter, dass keine Planbarkeit möglich
4 ist. Sie haben keine Möglichkeit, mitzubestimmen und müssen den
5 Verordnungen folgen, die vom Kultusministerium diktiert werden. Das
6 Erlernen demokratischer Verfahren und die Erfahrung der eigenen
7 Selbstwirksamkeit in der Gemeinschaft gehören zu den wichtigsten
8 Bildungszielen. Allerdings stehen sie faktisch in der Schule oft im
9 Hintergrund. Ministerium, Schulträger, Direktorat und
10 Lehrer*innenschaft entscheiden oft über die Köpfe der Schüler*innen
11 hinweg. In der "Schulfamilie" bestimmen also nach wie vor meist
12 Patriarchen über scheinbar unmündige Kinder.

13

14 **Deshalb fordern wir:**

- 15 - Die Schüler*innen müssen bei Entscheidungen über das Lernen
16 Mitspracherecht bekommen. Unser Ziel ist eine Schule, in der
17 individuelles Lernen möglich ist und Schüler*innen ihre
18 Lernziele selbst wählen. Im aktuellen System sind
19 Schwerpunktsetzungen bzw. Wahlmöglichkeiten für Einzelne
20 und Klassen ermöglichen. In Zeiten von Distanz- und
21 Wechselunterricht sollte es Klassen und einzelnen Schüler*innen
22 möglich sein, selbst zu wählen, ob sie in der Schule oder Online
23 am Unterricht teilnehmen wollen. Die Präsenzpflcht ist
24 auszusetzen.
- 25 - Im Unterricht muss eine Feedbackkultur eingeführt werden, in
26 der es den Schüler*innen ohne Angst vor "Rache" durch die
27 Lehrkraft in Form von schlechten Zensuren möglich ist, den
28 Unterricht zu kritisieren und mit ihren Vorschlägen zu
29 verbessern.
- 30 - In Bayern muss die Erlaubnis für die Einrichtung Demokratischer
31 Schulen gegeben werden. Diese Schulform übt nicht nur
32 demokratische Verhaltensformen von Anfang ein, sie ermöglicht
33 auch freies Lernen: die Schüler*innen lernen wann wo wie und
34 was sie wollen. Die Erfahrungen der Demokratischen Schulen
35 müssen für die Schulentwicklung auch und insbesondere der
36 Regelschulen fruchtbar gemacht werden. Langfristig soll die
37 Demokratische Schule die Regelschule werden.

38

39 **Zeit für Schüler*innen – Zeit für Lehrkräfte – Zeit für Klassen**

40 Die Kontaktbeschränkungen, der Distanzunterricht und der fehlende
41 soziale Austausch mit Mitmenschen zerrt enorm an der psychischen
42 Gesundheit der Schüler*innen. Aber auch sonst fehlt in Schulen häufig
43 die Zeit, sich mit dem eigenen Befinden und dem anderer

1 auseinanderzusetzen, da der Fokus auf dem Lernen von Fakten und der
2 Leistungsmessung liegt. Wir wollen für Schüler*innen, Lehrkräfte,
3 Klassen und Beratungsfachkräfte Zeiten schaffen.
4

5 **Deshalb fordern wir:**

- 6 - Austausch zwischen Lehrkräften und Schüler*innen über Lernen
7 und Leben muss zum Alltag gehören. Regelmäßige Feedback-
8 und Beratungsgespräche müssen Raum und Zeit bekommen -
9 das bedeutet, dass sowohl zur Beratung geeignete
10 Räumlichkeiten als auch fest vorgesehene Zeiten für
11 Einzelgespräche zwischen Schüler*innen und Lehrkräften
12 geschaffen werden müssen. Es ist Aufgabe des
13 Kultusministeriums, eine Möglichkeit zu schaffen, wie diese
14 Gespräche - insbesondere in Zeiten des Distanzlernens - auch
15 online geführt werden können, ohne dass es Probleme mit dem
16 Datenschutz gibt.
- 17 - Bewährt haben sich auch "Zeit für uns"-Stunden (ZfU), in denen
18 Schüler*innen frei selbst bestimmen, was thematisiert werden
19 soll. Hier haben die Schüler*innen die Möglichkeit, sich in ihrer
20 Klasse auszutauschen. Das Spektrum der Themen reicht von
21 Planung und Mitgestaltung von schulinternen Projekten und
22 Veranstaltungen, über Probleme in der Klasse, bis zu Ideen für
23 soziales und politisches Engagement. Die ZfU-Stunden müssen
24 für alle Schulen in einem sinnvollen Umfang vorgeschrieben
25 werden. Lehrkräfte müssen mit dem Konzept vertraut gemacht
26 werden. Es ist wichtig, dass sie lernen, sich in diesen Stunden
27 zurückzunehmen.
- 28 - An allen Schulen muss ausreichend Personal für die Beratung
29 von Schüler*innen angestellt sein. Für die Vernetzung der
30 multiprofessionellen Teams muss Arbeitszeit eingeplant werden.
31

32 **Soziales und selbstständiges Lernen**

33 Im Berufsleben bekommen Menschen Aufgaben, doch wie sie diese
34 Aufgaben lösen, ist ihnen überlassen. Zusammenarbeit, kreative
35 Lösungsfindung und Selbststrukturierung sind Fähigkeiten, die dann
36 gebraucht werden. Doch der aktuelle Unterricht ist häufig das Gegenteil
37 von Zusammenarbeit und Eigenständigkeit. Mit Blick auf die Zukunft
38 sind viele junge Menschen verunsichert, weil sie das Gefühl haben,
39 relevante Kompetenzen im Unterricht nicht erlernt zu haben. Unser Ziel
40 ist klar: Unterricht muss viel schüler*innenzentrierter sein und statt
41 reiner Fakten Kompetenzen vermitteln, die ein Leben lang helfen.
42 Solche Kompetenzen können kaum im herkömmlichen Unterricht
43 vermittelt werden. Lediglich bei Aufenthalten in Schullandheimen oder

1 Wandertagen liegen solche Lernformen derzeit vor, denn auch in
2 diesen offenen Situationen können die Schüler*innen viel voneinander
3 und miteinander lernen.

4 Weitere offene Lehr-Lernsituationen sind Planspiele, bei denen die
5 Schüler*innen durch Unterstützung der Lehrkraft das politische
6 Geschehen beispielsweise in Bayern oder Deutschland direkt erfahren.
7 Durch diese direkte Erfahrung lernen die Schüler*innen den Stoff
8 deutlich intensiver.

9

10 **Deshalb fordern wir:**

- 11 - Ausbau und aktive Förderung offener Lernkonzepte und
- 12 Teamarbeiten im regulären Schulunterricht und in
- 13 Prüfungssituationen
- 14 - verpflichtende Schullandheimaufenthalte und Wandertage mit
- 15 Übernahme aller Kosten

16

17 **Gleiche Chancen für alle – Materielle Nachteile ausgleichen,**

18 **Lernen fördern**

19 Schüler*innen, die weniger Geld als andere haben, haben in der Schule
20 schlechtere Bedingungen. Dies wurde auch während der Pandemie
21 mehr als deutlich. Viele Schüler*innen haben nicht die nötigen
22 Endgeräte, um am digitalen Unterricht teilnehmen zu können. Dies
23 setzt die jungen Menschen zusätzlich unter hohen Druck. Noch
24 problematischer wird es, wenn Schüler*innen keinen geeigneten Raum
25 haben, um in Ruhe lernen zu können, zum Beispiel, weil ihre Eltern im
26 gleichen Raum im Homeoffice arbeiten oder sie sich mit ihren
27 Geschwistern den Computer teilen müssen.

28 Ein weiterer Punkt, der in den Fokus genommen werden muss, sind die
29 unterschiedlichen Startbedingungen beim Thema Lernen.

30 Schüler*innen aus Akademiker*innenfamilien bekommen häufig von
31 ihren Eltern vorgelebt, wie man konzentriert lernt, weil die Eltern in
32 ähnlicher Weise arbeiten. In Familien, in denen die Eltern einem Beruf
33 nachgehen, der vor allem körperliche Arbeit erfordert, haben die Kinder
34 dieses Vorbild nicht. Es ist Aufgabe der Schule, Kindern die Möglichkeit
35 zu geben, konzentriertes Lernen zu erlernen.

36 Der Vergleich mit anderen belastet junge Menschen zusätzlich, vor
37 allem dann, wenn sie nicht auf der Seite der Wohlhabenden stehen.

38

39 **Deshalb fordern wir:**

- 40 - Lernmittelfreiheit beinhaltet aktuell nur die Schulbücher (- und
- 41 dies auch nur teilweise, da verlorengegangene Schulbücher
- 42 ersetzt werden müssen.) Wir fordern eine Ausweitung der
- 43 Lernmittelfreiheit auf den gesamten Schulbedarf, also zum

1 Beispiel Hefte, Stifte und auch digitale Ausstattung wie zum
2 Beispiel ein Laptop. Gleichzeitig müssen schnelle und stabile
3 Internetverbindungen sichergestellt werden.
4 - Lernen lernen muss zentraler Bestandteil der Schule und des
5 Unterrichts sein. Dabei ist es notwendig, die individuellen
6 Voraussetzungen der einzelnen Schüler*innen in den Fokus zu
7 nehmen und nicht mit dem Gießkannenprinzip allen
8 Schüler*innen die gleiche Förderung zukommen zu lassen.

10 **Psychische Gesundheit zum Thema machen – Stigmatisierung von** 11 **psychischen Erkrankungen beenden**

12 Um psychischen Krankheiten aktiv entgegenzuwirken, ist es nicht nur
13 wichtig, dass Stress und Belastungen insgesamt reduziert werden,
14 sondern auch, dass junge Menschen erfahren, wie sie mit individuellen
15 Belastungen umgehen können. Gleichzeitig müssen psychische
16 Erkrankungen in der Gesellschaft den gleichen Stellenwert wie
17 körperliche Erkrankungen erhalten und mit derselben Rücksichtnahme
18 auf Betroffene einher gehen. Dazu ist es notwendig, dass Schüler*innen
19 ein breites Wissen über psychische Erkrankungen erlangen.

21 **Deshalb fordern wir:**

- 22 - Psychische Erkrankungen sollen als Querschnittsthema in allen
23 Fächern behandelt werden. Dies beinhaltet nicht zwangsläufig
24 die ausführliche Darstellung des Störungsbildes, sondern soll
25 auch in Erwähnungen in allen Fachbereichen, der Literatur und
26 sonstigen Aufgaben vorkommen.
- 27 - Schulen sollen Informationsabende und Ausstellungen zu
28 psychischen Erkrankungen und Möglichkeiten von Hilfe und
29 Unterstützung anbieten
- 30 - Die Ansprechpartner*innen innerhalb der Schulfamilie für
31 psychisch belastete Schüler*innen sowie Freund*innen und
32 Familienmitglieder psychisch belasteter Personen müssen klar
33 kommuniziert und ihre Kontaktdaten in der Schule an
34 prominenter Stelle dauerhaft ausgehängen werden.

35
36
37
38
39
40
41
42
43

A10

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

„Big Tech“ zerschlagen

Antragsteller*innen Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag

1 Wir sind die erste Generation, die mit der Digitalisierung aufgewachsen
2 ist. Und innerhalb weniger Jahrzehnte hat die Digitalisierung alle
3 Lebensbereiche verändert. Die Begeisterung und Euphorie über die
4 anarchischen Möglichkeiten der Anfangsjahre sind aber fast genauso
5 schnell einer Art kapitalistischen Realismus gewichen. Die zentrale
6 Frage ist nicht mehr „Wie kann man das nutzen?“ sondern „Wie lässt
7 sich damit Geld verdienen?“. Die Kommerzialisierung der Digitalisierung
8 hat letztendlich zu einer Beschleunigung der Ungleichheit geführt, da
9 Geld von wenigen Menschen, mit einer kleinen Infrastruktur und
10 wenigen Beschäftigten, verdient werden kann. Hinter dieser
11 Ungleichheit steht jedoch nicht nur eine ökonomische Ungleichheit,
12 sondern auch eine Ungleichheit an Macht. Wenige Menschen
13 beherrschen die Algorithmen, die bestimmen zu welchen
14 Informationen wir Zugang haben, die unsere private Kommunikation
15 überwachen und die die freie Meinungsäußerung im Internet
16 regulieren. Die meisten dieser Bereiche sind für das Funktionieren einer
17 freien Gesellschaft zentral. Gleichzeitig haben sich Monopole (social
18 Media, Betriebssysteme, Online-Handel), durch die größten Firmen der
19 Welt, gebildet. Von diesen „Big Tech“ Firmen ist unsere Gesellschaft
20 mehr oder weniger abhängig. Wir Jusos sind der festen Überzeugung,
21 dass diese Macht und Abhängigkeit von wenigen Firmen aufgebrochen
22 werden muss. Wir glauben zum einen, dass keine Instanz in unserer
23 Gesellschaft so viele Informationen wie „Big Tech“ über einzelne
24 Menschen haben darf. Zum anderen sollte über Infrastruktur die
25 zentral für unsere Gesellschaft ist demokratische entschieden werden.
26 Dieser Antrag hat zum Ziel auf die Geschäftspraktiken und die Macht
27 von „Big Tech“ aufmerksam zu machen und einen möglichen Weg zu
28 zeigen wie diese Macht aufgebrochen werden kann.

29
30
31

1 **Daten**

2 Die Möglichkeiten und Freiheiten der neuen Technologie der
3 Anfangsjahre sind zunehmend von wirtschaftlichen Interessen
4 verdrängt worden. Nicht die Nützlichkeit der Technologie im Dienste
5 der Menschen wurde verfolgt, sondern nur der Nutzen für die
6 Anhäufung von Kapital. Dabei ist es gelungen, eine ganz neue
7 Verwertungslogik im Kapitalismus zu etablieren. Nicht mehr Öl, Metall
8 oder Holz dienen als Rohstoff für die Produktion, sondern gänzlich der
9 Mensch. Genutzt wird der Rohstoff des Verhaltens. Durch die
10 Interaktion im Digitalen erzeugen wir einen Verhaltensüberschuss
11 (Mehr Daten werden erhoben, als zur Verbesserung des Dienstes nötig
12 sind). Diesen übertragen wir von außerhalb des Marktes durch nicht-
13 marktliche Interaktion, wie die Nutzung von Facebook, in einen Rohstoff
14 (Erzeugung von Daten, welche überwacht und ausgewertet werden
15 können). Dieser wird zur Fabrikation von Produkten genutzt, indem das
16 Verhalten an Werbetreibende verkauft wird.

17 Es wird also aus dem Nichts und mit keinerlei Kosten für die Menge
18 (Grenzkosten) ein Rohstoff erzeugt, welcher außerhalb des Marktes
19 durch die Onlinenutzung generiert wird. Zu Beginn der Digitalisierung
20 war dieser vermeintliche Rohstoff nur ein Nebenprodukt der Nutzung
21 von z.B. Websuchen. Mittlerweile zielt die Technologie darauf ab,
22 möglichst viele dieser Daten zu beschaffen. Parallel hat sich ein
23 Marktplatz entwickelt, der das Produkt der Vorhersage und Auswertung
24 von Daten handelt.

25 Daraus haben sich in vielen (Geschäfts-)Bereichen des Internets
26 Monopole gebildet.

27 Die Macht speist sich vor allem aus dem Zugriff auf Daten und der
28 technologischen Möglichkeit, diese zu verwerten und kommerziell
29 auszubeuten. Wir sind dabei die Mittel zu anderer Leute Zweck. Wir
30 sind die Objekte, aus denen die Tech-Firmen unrechtlich den Rohstoff
31 für die Produktion von Daten bezieht. Verdient wird dabei durch den
32 Verkauf an die eigentliche Kundschaft. Wir sehen in diesem
33 Zusammenhang vor allem die Ausbeutung durch die Umwandlung
34 unseres Lebens in Verhaltensdaten. Dies kann auch nicht aufgewogen
35 werden durch ein Entgelt für Nutzer*innen, welche den Rohstoff für das
36 System liefern. Vielmehr sehen wir Jusos die Frage der Beschneidung
37 unserer Selbstbestimmung im Mittelpunkt.

38

39 Aktuell stehen wir am Beginn eines kapitalistischen Wandels, der aus
40 der Nutzung von Online-Diensten Daten sammelt, welche Vorhersagen
41 ermöglichen, die sich am Markt für künftiges Verhalten verkaufen
42 lassen. Das Recht, selbst über die eigenen Daten verfügen zu können,
43 ist für uns Jusos ein fundamentales Recht, dass in Deutschland derzeit

1 nicht ausreichend umgesetzt wird. Letztendlich beinhaltet dies
2 wesentliche Punkte der Freiheit und der Selbstbestimmung: Ein Mal
3 geäußerte Meinungen dürfen revidiert werden, sexuelle Vorlieben
4 sollten nicht von Fremden gespeichert und kommerziell ausgebeutet
5 werden, die Kommunikation mit Freunden/Verwandten sollte diesen
6 vorbehalten sein und auch Bewegungsprofile (Wo geh ich wann hin,
7 also auch sensible Dinge wie Arztbesuche) sollten nicht erhoben
8 werden können. Und selbst wenn man damit einverstanden ist, sollte
9 dies nur unter der Bedingung völliger Transparenz geschehen. Also
10 dem Wissen, welche Daten gesammelt werden. Außerdem sollte es eine
11 effektive Möglichkeit geben, dieses Einverständnis wieder
12 zurückzunehmen.

13

14 **Werbung**

15 Aus dem Rohstoff Daten werden im Marktsystem Werbeinformationen
16 generiert, die zur Monetarisierung bei vielen „Internet“ Firmen führt.
17 Fast alle Firmen, die eine Dienstleistung „umsonst“ anbieten,
18 finanzieren sich so. Dieses Geschäftsmodell beruht auf dem Prinzip,
19 zunächst so viele Daten wie möglich zu sammeln. Diese Daten werden
20 dann zum einen für jede*n User*in zu einem Profil zusammengefasst,
21 zum anderen werden aus den Daten aller User*innen
22 Verhaltensvorhersagen getroffen. Diese Verhaltensvorhersagen werden
23 dann dazu verwendet, möglichst präzise Verhaltensänderungen
24 herbeizuführen, indem die Werbung zum Kauf eines Produktes führt. Es
25 ist nahezu unmöglich, sich dieser Überwachung zu entziehen. Auch
26 wenn selbst keine Google- und Facebook-Produkte verwendet werden,
27 ist es wahrscheinlich, dass Menschen im Umfeld, diese Produkte
28 nutzen. Dies führt dazu, dass man z.B. bei der Einwahl in dasselbe
29 WLAN erkannt wird und die Interessen des Gegenübers vorgeschlagen
30 bekommt.

31

32 **Um den oben aufgeführten Zustand zu verändern, fordern wir:**

33

34 **a) Welche Daten werden gesammelt:** Zum einen weiß der*die
35 herkömmliche Internetnutzer*in nicht, welche Daten gesammelt
36 werden. Jede Datenschutzerklärung zu lesen, übersteigt die Ressourcen
37 und Kompetenz der allermeisten Menschen. Auch werden in den
38 meisten Datenschutzerklärungen nur vage Blankoschecks ausgestellt,
39 sodass prinzipiell alle Daten gesammelt werden können. Es ist jedoch
40 oft nicht klar, welche Daten genau gesammelt werden.

41 - Wir fordern eine Datenschutzerklärung, die nicht blanko Daten
42 sammeln kann, sondern die Möglichkeit zur Wahl lässt.

43

1 **b) Datennutzung:** Es ist unklar, welche Schlüsse aus den Daten
2 gezogen werden. Dies ist unethisch, da es den Menschen die Freiheit
3 nimmt, selbst darüber zu bestimmen oder zu erfahren, auf welche Art
4 und Weise sie spezifisch beeinflusst werden sollen. Informiertheit und
5 Transparenz sind fundamentale Prinzipien. Google und Facebook
6 sammeln dabei viel mehr und präzisere Daten.

- 7 - Ein Recht zu erfahren welche Schlüsse aus den eigenen Daten
8 gezogen werden
- 9 - Ein Recht darauf zu erfahren wie und an wen Daten verkauft
10 werden. Es reicht nicht zu wissen, dass Daten für Werbung
11 verwendet werden, sondern es sollte auch klar sein an welchen
12 Werbenden diese verkauft werden
- 13 - Widerspruchsrecht zum Verkauf der Daten

14
15 **c) Speicherung der Daten:** Diese Daten werden oft in den USA
16 gespeichert (was grundsätzlich kein Problem wäre) und entziehen sich
17 dadurch jeglicher demokratischer Kontrolle für z.B. europäische
18 Anwender*innen. Aufgrund der Rechtslage in China, USA, Russland und
19 anderen Ländern Daten vom Geheimdienst genutzt und abgezogen.

- 20 - Der Ort der Server muss für Nutzer*innen ersichtlich sein
- 21 - Wir fordern, dass die Datenspeicherung, Europa geschehen
22 muss

23
24 **d) Minimierungsgebot der Datenspeicherung:** Es werden bei den
25 allermeisten Produkten alle Daten gesammelt und nicht nur diejenigen,
26 die zum Betrieb eines Produktes notwendig wären. Es gibt jedoch in
27 den meisten Fällen keine Möglichkeit, beim Datenschutz transparent
28 zwischen unterschiedlichen Graden des Datensammelns zu
29 entscheiden. Da mittlerweile sehr viele Produkte Daten sammeln (sog.
30 „Smart Produkte“) bleiben nach und nach weniger Möglichkeiten für
31 Konsument*innen, tatsächlich frei über ihren eigenen Datenschutz zu
32 bestimmen. Auch ein zeitweises „opt out“, also das zeitweise
33 Unterbinden von Datensammeln, ist in vielen Datenschutzerklärungen
34 nicht möglich.

- 35 - Wir fordern, dass es in der Datenschutzerklärung die Möglichkeit
36 gibt, dass Datensammeln auszusetzen oder für bestimmte
37 Bereiche zu unterbinden

38
39 **e) Abhängigkeit:** Da wir in vielerlei Hinsicht abhängig von diesen
40 Firmen sind, da fast alle sie benutzen und Anwender*innen bestimmter
41 Produkte sind, können wir nicht frei entscheiden, welche Daten
42 gesammelt werden und welche nicht.

- 43 - Verpflichtung der Hersteller zur Interoperabilität

- 1 **f) Wer sammelt Daten:** Daten werden auch von nicht
2 Anwendern*innen gesammelt, z.B. über Cookies von
3 Drittanbieter*innen, oder Cookies, die in Werbung integriert sind.
- 4 - Wir fordern, dass die Weitergabe von personenbezogenen Daten
 - 5 an Dritte zur kommerziellen Nutzung verboten werden soll
 - 6 - Bei der Weitergabe von Daten an Dritte, die von der bisherigen
 - 7 Zustimmung abweicht, muss gesondert zugestimmt werden
 - 8 -
- 9 **g) Sanktionen bei Datenschutzvergehen:** Gravierende
10 Datenschutzverletzungen, die immer wieder durch Skandale wie zum
11 Beispiel Cambridge Analytica oder auch die Enthüllungen von Edward
12 Snowden aufgedeckt wurden. Zum Beispiel, dass große Techfirmen mit
13 US-Geheimdiensten kooperierten. Diese haben scheinbar keine
14 Konsequenzen. Europäische Datenschützer*innen und Gerichte haben
15 wenig rechtliche Handhabe und wenige Kompetenzen.
- 16 - Persönliche Haftung von Managern
 - 17 - Möglichkeit der Sammelklage
 - 18 - Klagerecht im Ort des Anwenders, nicht am Ort der
 - 19 Datenspeicherung
- 20
- 21 **h) Weitergabe von Daten:** Daten werden oft gehandelt und an Dritte
22 weitergegeben. Dies ist besonders problematisch, da immer mehr
23 Geräte Daten sammeln und so eine immer systematisiertere
24 Überwachung stattfindet. In Summe führen alle diese Punkte dazu,
25 dass nach und nach das Recht auf Datenschutz ausgehöhlt wird. Das
26 hat nicht nur individuelle Konsequenzen, sondern auch
27 gesellschaftliche. Google und Facebook haben immer mehr Wissen
28 über die Gesellschaft und gesellschaftliche Prozesse. Dieses Wissen
29 wird dabei einzig und alleine zur kommerziellen Ausbeutung genutzt.
30 Dabei kann dieses Wissen auch für die Beeinflussung von Wahlen
31 verkauft werden. Nach und nach werden mehr Daten erschlossen. Für
32 uns ist klar, dass Daten nur zur Verbesserung der Anwendung genutzt
33 werden dürfen.
- 34
- 35 **Wir Jusos fordern darüber hinaus:**
- 36 - Das Datenrecht soll sich auf die geographische Lokalisierung
 - 37 des/r jeweilige/n Anwender*in beziehen und nicht auf die
 - 38 geographische Lokalisierung des Anbieters
 - 39 - Erweiterung des Datenschutz: Grundsätzliches Recht, nicht nur
 - 40 zu wissen, welche Daten gespeichert werden, sondern auch
 - 41 welche Schlüsse aus den eigenen Daten erhoben werden; Diese
 - 42 Informationen müssen jederzeit zur Verfügung gestellt werden;

- 1 Jeder einzelne „Schluss“ über eine Person muss von der Person
2 unterbunden werden können
- 3 - Eine strengere Haftbarmachung von Manager*innen und
4 verantwortlichen Personen, bis hin zu Freiheitsentzug bei
5 großen Datenschutzverletzungen
 - 6 - Die Einführung von Sammelklagerechten und
7 Schadenersatzforderungen bei Datenschutzbruch. Die
8 Schadenersatzforderungen sollten sich am möglichen Gewinn
9 durch illegale Datenerhebung orientieren. Da auch kleine
10 Datenschutzverletzungen (für das Individuum) enorme
11 kommerzielle -Auswirkungen haben können
 - 12 - Verbot von Sammlung von Daten, die nicht nutzungsbezogen
13 sind

14

15 **Große Tech-Firmen zerschlagen**

16 Plattform-Unternehmen sind Unternehmen, die eine Infrastruktur
17 anbieten um Nutzer*innen mit Anbieter*innen zu verbinden. Sie treten
18 als Vermittler auf und bieten eine (digitale) Infrastruktur an.
19 Beispielsweise vermittelt Facebook Kommunikation zwischen zwei
20 Menschen, Google vermittelt Informationen, Amazon Kaufgeschäfte.
21 Allen Plattformen ist gemein, dass sie nahezu uneingeschränkt das
22 Monopol über die jeweilige Vermittlung innehaben. Während der
23 Kapitalismus immer eine Tendenz zum Monopolkapitalismus hat, sind
24 die digitalen Plattform-Unternehmen Monopolkapitalismus auf
25 Steroiden. Plattform-Unternehmen werden in der Regel erst ab einer
26 gewissen Größe (Skaleneffekt) bzw. Anzahl von Nutzer*innen
27 (Netzwerk-Effekt) profitabel. Das heißt: Erst wenn viele Menschen auf
28 einer Social-Media-Plattform sind, wenn viele Pakete verschickt werden
29 oder viele Daten gesammelt werden, können Vorteile und Gewinne
30 erzielt werden. So kommt es, dass Amazon fast den kompletten Online-
31 Handel kontrolliert, Facebook nahezu unsere gesamte online
32 Kommunikation und Google unseren Zugang zu Informationen. Dabei
33 werden nicht nur gigantische Gewinne erzielt, sondern befinden sich
34 große Teile an kritischer Infrastruktur und Wissen in den Händen
35 weniger Firmen. Die Monopolstellung wird dabei u.a. durch folgende
36 Methoden missbraucht.

37

38 **a) Flaschenhals-Effekt:** Auf einem Bildschirm können nur eine
39 begrenzte Anzahl an Informationen dargestellt werden und die
40 Nutzer*innen haben eine begrenzte Zeit. Die Platzierung und
41 Priorisierung von Resultaten haben einen wesentlichen Einfluss auf
42 Klick-Zahlen.

1 Die meisten Plattform-Unternehmen sind selbst auch Anbieter*innen
2 von Produkten, welche auf den eigenen Plattformen bevorzugt platziert
3 werden können. Beispielsweise konkurrieren App-Anbieter oftmals mit
4 hauseigenen Dienstleistungen von Apple und Google, sind aber
5 gleichzeitig auf den App-Store von iOS oder Android angewiesen. Sie
6 sind hier als Fremdanbieter Konkurrenten und Kunden gleichzeitig.
7 Neben der systematischen Besserstellung der eigenen Anwendungen
8 gibt es darüber hinaus den Tech-Firmen die Möglichkeit, erst mit den
9 Konkurrent*innen zusammenzuarbeiten, die Innovationen und das
10 Wissen zu sammeln und diese dann zu verdrängen. Besonders
11 besorgniserregend sind die Entwicklungen im Bereich Cloud-
12 Computing, welches sich zunehmend auf wenige große Anbieter und
13 Plattformen zentralisiert. Hier bahnen sich ähnliche Konflikte im Kampf
14 um das Monopol an. Es ist davon auszugehen, dass die Nutzer*innen
15 dabei das Nachsehen haben werden.

16
17 **b) Kopieren von Ideen:** Den Monopolisten können neue Netzwerke
18 nur durch ein innovativeres Angebot gefährlich werden. Es ist üblich,
19 dass die Giganten Start-Ups aufkaufen, bevor sie eine kritische Größe
20 erreichen. Ist ihnen das nicht möglich, kann es auch sein, das Features
21 geradeweg kopiert werden. Ein Beispiel dafür ist die Übernahme des
22 Markenzeichens der Konkurrenz-App SnapChat durch Facebook. Die
23 Möglichkeit Bilder, die nach kurzer Zeit wieder verschwinden, wurde auf
24 alle Anwendungen des Facebook-Konzerns (WhatsApp, Instagram,
25 Facebook) ermöglicht.

26
27 **c) Wettbewerber zur Kooperation zwingen:** Durch die
28 Monopolstellung können Plattform-Unternehmen Wettbewerber
29 zwingen zu kooperieren, um nicht Nachteile in Kauf zu nehmen. So
30 steht die Restaurantbewertungs-App Yelp in der Kritik, weil sie die
31 Bewertungen für Restaurants, welche Geschäftskunden sind,
32 besserstellt. Dies wird vom Unternehmen auch so an
33 Restaurantbesitzer*innen kommuniziert. Mutmaßlich sollen
34 Restaurants durch vornehmlich schlechte Bewertungen zur
35 Kooperation gezwungen worden sein. Diese Geschäftspraktiken sind
36 nicht weniger als erpresserisch.

37
38 **d) Aufkaufen von konkurrierenden Firmen:** Neben dem Aufkaufen
39 der direkten Konkurrenz nutzen die Konzerne ihre Finanzstärke auch,
40 um sich weitere Plattform-Unternehmen mit Monopolstellung in
41 anderen Bereichen einzuverleiben. Facebook hat Instagram und
42 Whatsapp, Google hat Youtube geschluckt. Da diese Firmen eine so

1 dominante Rolle haben, ist es für sie sehr leicht weiter zu expandieren
2 und führt so langfristig zur weiteren Monopolisierung.

3

4 **e) Rechenkapazität und Programmierung**

5 Durch die Anforderungen, die sich durch moderne KI-Anwendungen
6 ergeben, entsteht ein weiterer Vorteil der etablierten Monopolisten.
7 Mehr Daten, eine gute Infrastruktur und große Geldreserven
8 ermöglichen es, aufwendige Rechenoperationen zu stemmen. Diese
9 Hürde wird mit wachsender Komplexität der Auswertung der
10 Kundendaten zunehmend schwieriger für konkurrierende Start-Ups.

11

12 **f) Vordringen in immer neue Geschäftsbereiche**

13 Die finanziellen Ressourcen, die digitale Infrastruktur und Daten
14 ermöglichen es den digitalen Unternehmen in immer neue
15 Geschäftsbereiche vorzudringen und so zu ermöglichen, dass ein
16 Unternehmensbereich quersubventioniert wird bis er profitabel ist. Das
17 beste Beispiel hierfür ist das Cloudcomputing, was sich zu einem der
18 profitabelsten Geschäftsbereiche entwickelt hat. Auch hier zeigen sich
19 eine beängstigende Entwicklung: Privat geführte Unternehmen haben
20 die Kontrolle über weite Teile der Infrastruktur der Digitalisierung.

21

22 Zur Übermacht der Tech-Monopolisten kommt hinzu, dass auch die
23 Konzerne auch intern von wenigen Einzelpersonen dominiert werden.
24 So hat Mark Zuckerberg mit einem 24% Unternehmensanteil 60% der
25 Stimmrechte via Vorzugsaktien und kann damit alleine die Firmenpolitik
26 und auch die Mehrheit des Aufsichtsrats bestimmen. Bei Google
27 kontrollieren drei Personen 60% der Stimmanteile mit nur 13%
28 Aktienanteilen, bei Amazon hat Jeff Bezos mit einem Anteil von 16%
29 vollständige Kontrolle über die Firmenpolitik. Die konzentrierte Macht
30 der großen Internetfirmen bedeutet auch konzentrierte Macht in den
31 Händen weniger Menschen.

32 Der Umsatz der vier großen Tech-Firmen ist größer als das BIP vieler
33 Länder. Daraus resultiert auch ein Lobby-Druck, welcher es für kleine
34 Staaten äußerst schwierig macht, regulatorisch tätig zu werden.
35 Absichtserklärungen, etwa von Facebook gegenüber Deutschland im
36 Rahmen der Strafverfolgung von Beleidigungen, blieben meist
37 folgenlos.

38 Eine Zerschlagung stellt letztlich eine Verteilung der Vermögen an Tech-
39 Unternehmen auf vielfältige Eigentümer*innen dar und stellt damit
40 eine Konkurrenzsituation sicher.

41

42

43

- 1 **Forderung**
- 2 - Die Jupos fordern, eine Verschärfung des Wettbewerbsrechts.
- 3 Innerhalb der Plattformen müssen die Vermittler transparent
- 4 darlegen, wie Empfehlungen oder Bewertungen
- 5 Zustandekommen. Werbung darf zwar über die Plattform
- 6 geschaltet werden, darf sich aber nicht in Such- und
- 7 Empfehlungsalgorithmen widerspiegeln und muss klar davon
- 8 abgegrenzt sein. So darf die Google-Suchmaschine weiterhin
- 9 Werbeplätze zur Verfügung stellen, diese müssen allerdings
- 10 abseits der Google-Suchergebnisse präsentiert werden.
- 11 - Die Plattform-Unternehmen dürfen ihre Vermittlerrolle nicht
- 12 missbrauchen, um durch Scheinselbstständigkeit Arbeitsrechte
- 13 zu unterlaufen. Auch für Nutzer*innen bzw. Kund*innen darf die
- 14 Plattform nicht hinter bestehende Rechte, z.B. für Hotelgäste,
- 15 zurückfallen.
- 16 - Durch eine Verschärfung des Kartellrechts müssen die
- 17 Konglomerationen von Plattformen voneinander gelöst werden
- 18 und auch in der Eigentümer*innenstruktur diversifiziert werden.
- 19 Die Plattforminfrastrukturen der großen Tech-Firmen sollen vom
- 20 Rest des Konzerns getrennt werden. Anbieter*innen auf der
- 21 Plattform und Betreiber der Plattformen müssen
- 22 unterschiedliche Eigentümer*innen haben. Dies schließt Apps-
- 23 Stores mit ein. Anbieter von Cloud-Computing soll untersagt
- 24 werden, in anderen Geschäftsfeldern aktiv zu sein. Daten, die
- 25 auf einer Plattform gesammelt werden, dürfen nicht integriert
- 26 werden.
- 27 - Wir fordern umfassende Normen der Digitalisierung, die eine
- 28 Interoperationalität von verschiedenen Anwendungen
- 29 erleichtern und so Vorteile für Nutzer*innen erhalten lässt, aber
- 30 auch die Möglichkeiten der Integration für neue Anbieter*innen
- 31 erleichtern.

32

33 Neben der Zerschlagung der bestehenden "Big Tech" Plattformen,

34 setzen wir uns als Jupos gleichzeitig auch für eine Förderung von

35 Alternativen ein, da das eine nicht ohne das andere funktionieren kann.

36 Durch Förderprogramme und Unterstützung für öffentlich-rechtliche,

37 zivilgesellschaftlich organisierte oder genossenschaftliche Plattformen

38 hoffen wir, dass datenschutzfreundlichere und

39 stärker gemeinwohlorientierte - statt rein profitorientierte - Projekte

40 das für die Relevanz der Plattform notwendige Nutzer*innen-Wachstum

41 erfahren.

42

43

1 **Steuern**

2 Die großen Internet-Firmen zahlen wie, auch andere Großunternehmen
3 kaum Steuern. Durch die Digitalisierung sind nicht nur unglaubliche
4 Vermögen und die größten Firmen der Welt entstanden, sondern diese
5 Firmen tun dies mit relativ wenig Kapitaleinsatz und Mitarbeiter*innen
6 (Im Vergleich zu Firmen aus der Industrieproduktion, mit vergleichbarer
7 Größe). Die schon bestehende Ungleichheit wird durch die
8 Digitalisierung noch einmal verschärft. Gleichzeitig beteiligen sich diese
9 Unternehmen kaum am Steueraufkommen. „Online-Konzerne“ nutzen
10 dabei nicht nur die üblichen Schlupflöcher (wie die meisten großen
11 Firmen), sondern den Firmen gelingt es steuertechnisch so zu tun als ob
12 „Digitale Gewinne“ nicht geographisch verortbar seien. Das Argument
13 ist, dass Google ja keine Betriebsstätte in Deutschland hat, zumindest
14 keine über die die Anzeigen abgerechnet werden. Digitale Umsätze
15 und Gewinne müssen dort besteuert werden, wo sie erzielt werden.
16 Das heißt: der Gewinn aus einer Werbung, die auf einen Menschen aus
17 Land X abzielt, sollte auch in Land X versteuert werden. Selbiges gilt für
18 Produkte (z.B. Amazon, Apple) oder Dienstleistungen (z.B. Uber).

19

20 **Die Jusos fordern:**

- 21 - Das Steuerrecht auf Europäischer Ebene so zu ändern, dass im
22 Internet erzielte Gewinne dort besteuert werden, wo sie erzielt
23 werden; Insbesondere durch das Einführen „virtueller
24 Betriebsstätten“
- 25 - Die Gewinne aus digitalisierten Produkten (Werbung,
26 Dienstleistungen, Handel) effektiv und mindestens genauso
27 hoch zu besteuern, wie die Gewinne anderer Unternehmen
- 28 - Auf nationaler Ebene soll die Steuervermeidung, bis zu einer
29 europäischen Lösung durch eine Quellensteuer auf Finanzflüsse
30 in Steueroasen greifen
- 31 - Transparenz von Konzernzahlen auf EU-Ebene einführen, damit
32 nachvollzogen werden kann wo Gewinne gemacht werden

33

34 **Her mit dem schönen Internet**

35 Am Anfang war die Kritik und die Kritik war im Anfang. Wir glauben so
36 wie es zurzeit ist, ist es nicht richtig. Der Einfluss von „Big Tech“ ist zu
37 groß in unserer Gesellschaft. So groß, dass sie die informationelle
38 Selbstbestimmung aufheben und dadurch zunehmend auch die
39 Freiheit jedes/jeder einzelnen einschränken. Wir müssen Wege für ein
40 solidarisches, nicht kommerzielles und demokratisches Internet finden.
41 Ein Internet, in dem viele Ideen gleichzeitig die Möglichkeit haben sich
42 zu entwickeln und in denen nicht zu viele Abhängigkeiten entstehen.
43 Wie das aussehen kann ist eine Mammutaufgabe für die politische

1 Linke, aber eine zentrale, wenn wir die Frage „Wie wir leben wollen?“
2 beantworten.
3 Grundsätzlich sind wir der Meinung, dass keine Institution/en einen
4 monopolisieren Zugriff auf Daten haben sollte, egal ob staatlich oder
5 privat. Das Ziel sollte einerseits sein, dass der einzelne Mensch ohne
6 Verlust an Teilhabe über seine Daten verfügen kann. Andererseits das
7 einzelne Firmen nicht so mächtig werden, dass sie nicht mehr reguliert
8 werden können. Darüber hinaus sollten auch staatliche Institutionen
9 keine umfassenden Daten über Menschen sammeln können, sodass
10 eine umfassende Überwachung möglich wäre.
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

A11

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Den Wandel erfolgreich gemeinsam gestalten: Gründung einer europäischen Agentur für digitale Lösungen "DigitalEU"

Antragsteller*innen Bezirksvorstand der Jusos Oberbayern

Adressat*innen Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Bezirksparteitag, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag

1 Die Corona-Krise hat uns gezeigt, dass der Einsatz von digitalen
2 Technologien mehr möglich ist, als bisher getan wird. Sie hat es zur
3 Notwendigkeit gemacht, dass Antworten gefunden werden müssen,
4 wenn es um Heimarbeit, Schule von zu Hause, Warn-Apps oder der
5 öffentlichen Verwaltung geht. Szenarien, die bis vor Kurzem
6 noch undenkbar waren, sind nun aufgrund der Krise möglich
7 geworden, gleichzeitig zeigten sich aber auf an vielen Stellen in diesen
8 Bereichen Schwierigkeiten und große Unterschiede bei der Bewältigung
9 dieser, sowohl auf lokaler, kommunaler, nationaler und europäischer
10 Ebene.

11

Digitale Souveränität bedeutet Demokratie schützen

12 Dieses Momentum muss genutzt werden, um Europa digitalpolitische
13 Impulse in dieser herausgehobenen Zeit zu geben. Wir müssen den
14 Blick bewusst entlang der Zukunft ausrichten, damit Staat und
15 öffentliche Verwaltung digital gedacht werden und wir ein Europa
16 schaffen, dass im 21. Jahrhundert auch in digitalen Fragestellungen
17 gemeinsam denkt. Nur wenn wir gemeinsam Lösungen für die Debatte
18 zu Staat und Digitalisierung finden, können wir den Bedenken und
19 Ängsten, die häufig damit verbunden werden, gerecht werden.
20

21

22 Zugleich zeigt sich, dass wir uns gemeinsam um unsere digitale
23 Souveränität kümmern müssen, da wir ansonsten die Verwundbarkeit
24 unserer Werte, Interessen und demokratischen Systeme vor Augen
25 geführt bekommen. Wir brauchen staatliche technische Systeme, die
26 nicht von außen beeinfluss- und angreifbar sind und
27 zeitgleich europäisch einheitliche Regulierungen digitaler Technologien.

1 Wir müssen eine demokratisch verfasste Öffentlichkeit fördern, die
2 Fakten vertraut und ihr Handeln darauf basiert, aber zeitgleich auch
3 einen Rahmen für ethisches Handeln im digitalen Raum schaffen. Und
4 wir müssen ein Europa schaffen, das in diesen Thematiken
5 ein einheitliches Handeln schafft.

6

7 Gelebte Solidarität in Europa bedeutet in Zeiten, in denen sich Arbeit,
8 Konsum und Freizeit immer mehr in den digitalen Raum verlagern, dass
9 jede Form der ökonomischen, gesellschaftlichen und kulturellen
10 Teilhabe auch digital neu gedacht und weiterentwickelt werden muss.
11 Maßnahmen zur digitalen Teilhabe, insbesondere in den Bereichen
12 Bildung und digitale Infrastruktur, müssen einen herausragenden
13 Stellenwert in der Europäischen Union erhalten.

14

15 Digitale Teilhabe beginnt dabei im Bereich der Infrastruktur. Zugang zu
16 schnellen Internetverbindungen muss durch weit ausgebauten
17 Glasfasernetze und gute Mobilfunknetzabdeckung europaweit
18 sichergestellt werden. Es hat sich gezeigt, dass die Privatisierung des
19 Ausbaus der Infrastruktur nicht funktioniert, der Ausbau muss daher
20 gemeinwohlorientiert durch die öffentliche Hand erfolgen.

21

22 **Europa verteidigen bedeutet ein digitales Europa zu schaffen**

23 In den kommenden Jahren wird sich entscheiden, ob wir den digitalen
24 Wandel gemeinwohlorientiert umsetzen und politisch gestalten oder
25 ihn kapitalistischen und ausbeuterischen Marktlogiken überlassen.
26 Digitale Technologien spielen gerade als Medien zum Austausch von
27 Informationen auch eine wichtige Rolle in unserem demokratischen
28 System. Daten sind zu einer wichtigen Ressource geworden, die
29 wir nicht Firmen und privatwirtschaftlichen Interessen überlassen
30 dürfen.

31

32 Der Zusammenschluss von Nationalstaaten in der Europäischen Union
33 verfolgt aus jungsozialistischer Sicht die Stärkung von gemeinsamen
34 Werten wie Demokratie, freie Meinungsbildung und Teilhabe auf der
35 einen Seite und materialistische Ziele wie Umverteilung und damit ein
36 besseres Leben für alle Menschen in Europa auf der anderen Seite. Es
37 ist notwendig, diese Ziele auch bei digitalen
38 Transformationsprozessen abzusichern oder zu erkämpfen. Wir wollen
39 Soziales, Ökologie und die Bürger*innen selbst in den Mittelpunkt
40 rücken. Digitale Technologien können uns dabei unterstützen, wenn wir
41 sie richtig entwickeln und designen. Das erreichen wir unter anderem
42 indem wir:

43

- 1 1) wir gemeinsame Investitionsprogramme zur digitalen Teilhabe
2 auflegen. Dies beinhaltet beispielsweise die Finanzierung einer
3 gemeinschaftlich finanzierten öffentlich-rechtlichen
4 europäischen Medienplattform für Zugriff auf Inhalte
5 der öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten sowie privater
6 Nachrichtenanbieter.
7
- 8 2) wir die EU-Digitalstrategie konkretisieren, um Fragen zur
9 Datenhoheit zu klären und Forschung an cyber-physischen
10 Systemen zu stärken,
11
12
- 13 3) digitale Innovationen vorantreiben unter die auch die
14 Strategieentwicklung und Förderung von „Freier und Open-
15 Source Software“ fallen. Freie und offene Software fördert die
16 Kollaboration und Wiederverwendbarkeit und ist somit
17 Grundvoraussetzung für eine erfolgreiche digitale Umsetzung
18 der europäischen Union.

19

20 **Digitale Kooperation schaffen**

21 Solange unsere Vision der Vereinigten Staaten von Europa nicht
22 umgesetzt ist, erlangen wir diesen Status nur durch Kooperation der
23 europäischen Nationen. Bisher werden digitale Ansätze als nationale
24 Bestrebungen betrieben, gemeinsame europäische Initiativen in der
25 öffentlichen Verwaltung digitale Standards zu setzen gibt es nicht.
26 Dieser Hebel muss aber genutzt werden, um in Zukunft einheitliches
27 Handeln zu ermöglichen. Durch Kooperation, Austausch und
28 gemeinsame Entwickeln von digitalen Lösungen, können die Weichen
29 für europäische Handlungsfähigkeiten geschaffen werden. Indem
30 Behörden, Ämter, Ministerien, Bildungseinrichtung und weitere
31 staatliche Institutionen in Europa die Möglichkeit haben, die gleichen
32 digitalen Lösungen zu benutzen, schaffen wir für alle Bürger*innen in
33 der europäischen Union einen gleichen digitalen Lebensstandard.

34

35 **Daher fordern wir den Aufbau einer europäischen Agentur für 36 digitale Lösungen “DigitalEU”.**

37 Sie soll zuständig sein für die Schaffung und Umsetzung von digitalen
38 Lösungen auf europäischer Ebene, der Unterstützung bei der
39 Umsetzung von digitalen Lösungen auf nationaler Ebene sowie dem
40 Wissensaustausch zwischen den nationalen Institutionen im Bereich
41 der Digitalisierung.

1 Dabei sollen digitale Lösungen als Open-Source Komponenten unter
2 freier Lizenz im Rahmen einer einheitlichen Architektur erarbeitet
3 werden, um sicherzustellen, dass sie in die gesamt-europäische
4 Strategie passen.

5

6 Kontrolliert und weiterentwickelt wird die Digitalagentur und deren
7 Strategie durch Aufsichtsgremien, die sowohl mit demokratisch-
8 gewählten Vertreter*innen als auch mit zivilgesellschaftlichen
9 Organisationen besetzt wird, um einschlägige Expertise und bereits
10 existierende Bestrebungen im Bereich einer europäischen
11 digitalen Transformation aufzugreifen.

12

13 Auch genossenschaftliche Konsortialprojekte, in denen sich
14 beispielsweise europaweit Anbieter kommunaler öffentlicher
15 Daseinsvorsorge (Stadtwerke) zusammenschließen, sollen Förderung
16 erhalten und über die Beteiligungsstrukturen an der Ausrichtung
17 der Strategie mitwirken können.

18

19 Ziel dabei ist die Verbesserung der digitalen Infrastruktur innerhalb
20 der Gemeinschaft sowie der Fähigkeiten innerhalb der Mitgliedstaaten,
21 die dadurch zentrale kompetente Ansprechpartner*innen haben und
22 mit digitalen Vorhaben nicht alleine gelassen werden. Sie nimmt daher
23 sowohl eine direkt umsetzende als auch beratende Rolle ein und
24 fördert und erleichtert auch die Zusammenarbeit zwischen
25 den Institutionen, über nationale Grenzen hinweg. So können alle
26 Staaten in der europäischen Union von den Fähigkeiten und Wissen des
27 jeweils anderen profitieren, um selbst digitale Lösungen für ihre
28 Bürger*innen zu schaffen und weiterzuentwickeln.

29

30 So erhalten Staaten nicht nur Unterstützung bei der Digitalisierung von
31 EU-vertraglich geregelten Maßnahmen, z.B. der Volks- und
32 Wohnungszählungen, sondern können auch eigene digitale Lösungen
33 vorantreiben. Die EU schafft damit auch gegenüber z.B. US-
34 amerikanischen Unternehmen alternative Ansätze und wird
35 zum tatkräftigen Treiber einer gemeinwohlorientierten digitalen
36 Transformation.

37

38

39

40

41

42

43

A12

Schwimmbadoffensive

Antragsteller*innen Jusos Ebersberg

Adressat*innen Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern,
Landeskonferenz der Jusos Bayern

1 Schwimmen lernen ist überlebenswichtig. Es passiert leider immer noch
2 viel zu oft, dass Menschen ertrinken. Ein Ausflugsboot kentert, man fällt
3 in einen nicht gesicherten Pool im Garten von Freund*innen oder der
4 Gruppenzwang veranlasst, dass sich Nichtschwimmer*innen zu weit in
5 unbekannte Gewässer vorwagen. Um nicht zu ertrinken ist es
6 lebensnotwendig, sich über Wasser halten zu können.
7 Laut Statistik der DLRG (Deutschen Lebens-Rettungs-Gesellschaft) sind
8 2019 mindestens 417 Menschen in Deutschland ertrunken - die meisten
9 davon in unbewachten Binnengewässern.
10 Besonders betroffen sind Kinder und junge Menschen, die nicht richtig
11 schwimmen können. Bei den Viert- bis Sechstklässler*innen kann nur
12 jede*r Zweite sicher schwimmen.

13

14 **Um Schwimmen in der Freizeit für junge Menschen zu ermöglichen**
15 **fordern wir:**

- 16 • Attraktive Öffnungszeiten in allen Schwimmbädern
- 17
- 18 • Öffnung von Schulschwimmbädern für die Öffentlichkeit
- 19
- 20 • Verbesserte finanzielle Ausstattung der Kommunen auch für den
21 Neubau weiterer Schwimmbäder unabhängig von den
22 Schulschwimmbädern
- 23

24 Die erste Forderung soll ermöglichen, dass die Öffnungszeiten von
25 Schwimmbädern besser an die Lebenswirklichkeit von Kindern und
26 jungen Menschen angepasst werden. Das heißt eine Öffnung der
27 Schwimmbäder außerhalb der Schulzeiten. Konkret bedeutet das
28 nachmittags, abends, ganztägig an Wochenenden und in den
29 Schulferien. Auch muss sichergestellt sein, dass Schwimmbäder zu

1 diesen Zeiten nicht vollständig von Vereinen geblockt werden. Ein
2 gleichzeitiges Schwimmen - auch von verschiedenen Personengruppen
3 - muss möglich sein.
4

5 Die zweite Forderung soll die allgemeine Verfügbarkeit von
6 Schwimmbädern verbessern. In manchen Schulschwimmbädern gibt es
7 bereits einen Zugang für Vereine. Aber selbst für diese ist der Zugang
8 häufig nur außerhalb der Schulferien gegeben, weswegen ein
9 ganzjähriger Zugang zu ermöglichen ist. Eine weitergehende Öffnung
10 für die breite Öffentlichkeit würde dann einen flächendeckenden
11 Zugang zu Schwimmbädern in der Freizeit ermöglichen.
12

13 Darüber hinaus müssen Schwimmbäder so finanziert werden, dass sich
14 Erhalt und Sanierung auch unabhängig von den Einnahmen
15 sicherstellen lassen.
16

17 Die Schwimmbadfinanzierung obliegt grundsätzlich dem Eigentümer. In
18 vielen Landkreisen sind das ausschließlich die Kommunen.
19

20 Wir fordern eine Erhöhung der Sanierungsförderung durch den
21 Freistaat auch für nicht-schulische Schwimmbäder. Kommunen muss
22 bei der Unterhaltsfinanzierung Unterstützung gewährt werden.
23

24 Auf eine Anfrage der Bayern-SPD im Januar 2018 ergibt sich bayernweit
25 für die meisten Schwimmbäder ein (teils dringender) Sanierungsbedarf.
26 Für die vorhandenen Schulschwimmbäder gibt es
27 Ausgleichsprogramme des Freistaates Bayern nach dem BayFAG. Für
28 Schwimmbäder, die Schwimmkurse anbieten, existiert für den Haushalt
29 2019/2020 ein Sonderförderprogramm der Staatsregierung. Dieses
30 reicht allerdings nicht aus.
31

32 Zum einen deckt das Programm nur Sanierungen ab. Den erheblichen
33 Unterhalt müssen die die Gemeinden weiterhin alleine stemmen. Nach
34 Angaben des Staatsministeriums für Wohnen, Bau und Verkehr liegt
35 der Kostendeckungsgrad bayerischer Schwimmbäder nur bei rund 30%.
36

37 Zum anderen stehen dem Sonderförderprogramm für Schwimmbäder
38 mit Schwimmkursangebot nur 20 Millionen Euro pro Haushaltsjahr zur
39 Verfügung. Der Förderrahmen wird individuell von der Bezirksregierung
40 festgelegt und orientiert sich an der Leistungsfähigkeit der Gemeinden.
41 Der Fördersatz liegt dann zwischen 0 und 45 %. Es können höchstens
42 vier Millionen Euro pro Schwimmbad abgerufen werden.
43

1 Nach Aussage des Bayerischen Städtetages benötigen die 450
2 sanierungsbedürftigen Bäder in Bayern aber rund 1,2 Milliarden Euro.
3 Die Förderung von Schulschwimmbädern nach dem BayFAG liegt
4 hingegen nach Aussage des Bayerischen Staatsministeriums des Innern
5 vom 28.02.2018 bei bis zu 90 %.

6

7 Diese Ungleichheit in der Finanzierung ist mit ein Grund dafür, dass
8 immer weniger Kinder Schwimmen lernen, weil Schwimmbäder
9 schließen müssen oder nicht mehr voll auslastungsfähig sind. Ziel ist es,
10 allen Kindern und Jugendlichen das Schwimmen zu lehren. Aufgrund
11 hoher Klassenzahlen und der Tatsache, dass Sportunterricht meist nur
12 einmal in der Woche stattfindet, kann in den wenigsten Sportstunden
13 Nichtschwimmer*innen das Schwimmen beigebracht werden. Zum
14 Erlernen von Schwimmen empfiehlt die DLRG mindestens 30
15 Unterrichtseinheiten. Daher muss den Schwimmbädern, die
16 Schwimmkurse anbieten, eine deutlich höhere Finanzierung
17 zukommen.

18

19

20

21

22

23

24

25

26

27

28

29

30

31

32

33

34

35

36

37

38

39

40

41

42

43

A13

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

ÖPNV – Auf den Schultern von Ries*innen

Antragsteller*innen Jusos Traunstein

Adressat*innen Bezirkskonferenz der Jusos Oberbayern

1 Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV) bewegt die Jusos Oberbayern
2 und ein guter Teil der beschlossenen Anträge der letzten Jahre
3 beschäftigt sich mit der Thematik. Aus den dortigen Forderungen geht
4 unter anderem hervor, dass langfristig die Verkehrsinfrastruktur für
5 alle, insbesondere aber für unter 26-Jährige kostenlos nutzbar und bis
6 dahin vergünstigt sein soll. Gleichzeitig ist es ein Grundanliegen den
7 ÖPNV in Stadt und Land auszubauen und zu verbinden, um für
8 gleichwertige Lebensverhältnisse zu sorgen. Der folgende Teil
9 beschäftigt sich mit weiteren konkreten Maßnahmen für diese Ziele.

10

11 Schüler*innen ab der 11. Jahrgangsstufe in Gymnasien, Berufsschulen,
12 Berufsschulen in Teilzeitunterricht, Wirtschaftsschulen und Beruflichen
13 Oberschulen haben keinen Anspruch auf kostenlose Beförderung im
14 öffentlichen Personennahverkehr zu ihren Bildungsstätten. Wenngleich
15 eine Familienbelastungsgrenze von 440€ pro Familie und Schuljahr und
16 gewisse Ausnahmen existieren, unterwandern diese indirekten Kosten
17 die Idee eines kostenlosen Bildungszugang für alle. Durch bis zu 440€
18 im Jahr entstehen erheblich Kosten für Familien und
19 Berufsschüler*innen und das teilweise über mehrere Jahre.
20 Zusätzlich führen die Kosten dazu, dass die Betroffenen vermehrt
21 Individualverkehr nutzen, was nicht nur den Berufsverkehr weiter
22 belastet, sondern auch schädlich für die Umwelt ist. Überdies ist der
23 Effekt zu beobachten, dass ÖPNV vor allem in ländlichen Regionen als
24 Fortbewegungsmittel für Kinder und Schüler*innen stigmatisiert und
25 als Alternative nicht beachtet wird. Ohne verbesserte Angebote im
26 ÖPNV wird sich auch kein erhöhtes Bewusstsein für ökologischere
27 Alternativen im Mobilitätsbereich einstellen.

28

29 In einem ersten Schritt fordern wir die Übernahme aller
30 Schulbeförderungskosten für alle Schüler*innen und Azubis in
31 Oberbayern.

1 Darüber hinaus muss aber auch außerhalb der Schulzeiten öffentlicher
2 Nahverkehr erschwinglich und attraktiv sein. Dafür gibt es in ländlichen
3 Landkreisen verschiedene landkreis-begrenzte Ansätze, um den ÖPNV
4 attraktiver und zugänglicher auch außerhalb der Schulzeiten zu
5 gestalten. Das Chiemgau-Ticket im Landkreis Traunstein stellt ein
6 Beispiel hierfür dar. Nichtsdestotrotz spiegelt das nicht die Realität der
7 jungen Menschen wider, da deren soziales und schulisches Leben nicht
8 an Landkreisgrenzen endet.

9 Auch sind Angebote wie ein 365€-Ticket fürs erste auf dem Land keine
10 interessante Option, da die Landkreise einerseits oft keinem großen
11 Verkehrsbund angehören und andererseits die Infrastruktur zu gering
12 ausgebaut ist. Dennoch halten wir an dieser Positionierung als Teil
13 eines Gesamtkonzeptes fest. Aufbauend auf dem Antrag „Öffentlicher
14 Verkehr für junge Menschen attraktiv machen - Einführung eines
15 Schüler*innen- und Student*innentickets im Geltungsbereich des
16 Bayerntickets“ (2018) fordern wir, dass im besonderen Hinblick auf
17 ländliche Gebiete zuerst landkreisübergreifende und im nächsten
18 Schritt bayernweite Ideen für Schüler*innen-, Student*innen- und
19 Azubi-Tickets entwickelt werden. Mittelfristig soll diese Kooperation
20 auch auf die österreichischen Bundesländer Salzburg, Tirol und
21 Oberösterreich ausgeweitet werden, die allesamt an Oberbayern
22 angrenzen.

23
24 Im Gleichklang mit dem Beschluss „Zusammenarbeit über die
25 Landkreismauern hinweg“ (2019) sollen die geforderten Maßnahmen in
26 Konzepte von Expert*innen für ÖPNV der SPD-Kreistagsfraktionen und
27 der Kreisfreien Städte aus Oberbayern, sowie der SPD
28 Bezirkstagsfraktion umgesetzt werden. Simultan dazu soll sich der AK
29 „Gleichwertige Lebensverhältnisse“ in Stadt und Land für die
30 Kostenfreiheit der Schul- und Ausbildungswege und der Einführung von
31 Schüler*innen- und Azubi-Tickets einsetzen. Dafür soll eine
32 Projektgruppe innerhalb des AKs etabliert werden, da der Bereich
33 ÖPNV eine herausragende Rolle in der Anzahl der Beschlüsse einnimmt
34 und zugleich große Chancen bietet konkrete Politik vor Ort für junge
35 Menschen zu betreiben. Der AK und die Projektgruppe haben die
36 Aufgabe neue Ideen und Maßnahmen zu entwickeln, an den Konzepten
37 der oben genannten Expert*innen mitzuarbeiten und an deren Treffen
38 teilzunehmen.

39 Außerdem sollen ausgehend von der Projektgruppe, analog zum
40 „Netzwerk junge Mobilität der Jugendverbände und
41 Jugendorganisationen im Ballungsraum München“, Bündnisse mit
42 Gewerkschaften, Jugendringen, anderen Jugendorganisationen und
43 ähnlichen Verbänden vorangetrieben werden. Diese Bündnisse zielen

1 nicht nur auf Ideenaustausch und Ideenweiterentwicklung ab, sondern
2 sollen auch als Wegbereiter gelten und einen breiten gesellschaftlichen
3 Konsens für die Projekte schaffen.
4
5
6
7
8
9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43

A14

Bezirkskonferenz Jusos Oberbayern

28. Februar 2021

Biodiversität in der Agrarlandschaft schützen

Antragsteller*innen Jusos Freising

Adressat*innen Juso-Bezirkskonferenz, Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress, SPD-Landesparteitag, SPD-Bundesparteitag, S&D-Fraktion

- 1 Wir fordern, dass der Erhalt der Biodiversität in Deutschland einen
- 2 größeren Stellenwert erhält und bei allen politischen Entscheidungen -
- 3 insbesondere Agrarpolitik und Infrastruktur - berücksichtigt wird.
- 4
- 5 Die Vorgaben der EU-Biodiversitätsstrategie müssen möglichst schnell
- 6 umgesetzt werden und 30 Prozent der marinen und terrestrischen
- 7 Fläche unter Schutz gestellt werden. Bei diesen Schutzgebieten muss
- 8 besonderes Augenmerk auf ihre Wirksamkeit gelegt werden.
- 9 Dementsprechend soll darüber hinaus in Zusammenarbeit mit
- 10 Nachbarländern eine Kartierung der Schutzgebiete erfolgen, um
- 11 bessere Kohärenz und Konnektivität der Natura2000-Gebiete
- 12 sicherzustellen. Innerhalb dieser Schutzgebiete muss regelmäßiges
- 13 Monitoring - gerade auch der Pflanzenwelt - stattfinden, um ihre
- 14 Wirksamkeit zu kontrollieren. Diese Zahlen sollen innerhalb der
- 15 Kartierung der Gebiete vermerkt und einsehbar sein. Ein solches
- 16 Monitoring legt auch die Basis für rechtliche Vorgaben für den Erhalt
- 17 der Biodiversität und Sanktionen bei Nicht-Einhaltung und kann bei der
- 18 Bauplanung helfen, damit besonders wertvolle Flächen nicht versiegelt
- 19 werden. Zudem muss Deutschland sich innerhalb eines klaren
- 20 Zeitrahmens mit Zwischenzielen zu der Renaturierung von 15 Prozent
- 21 der Landesfläche verpflichten - hier mit Fokus auf Gebiete wie Moore,
- 22 die für Klimaschutz und Biodiversität besonders wichtig sind.
- 23
- 24 Ökobetriebe haben eine deutlich bessere Biodiversitätsbilanz, deshalb
- 25 fordern wir den Ausbau von regionalen Programmen zur Förderung
- 26 des Ökolandbaus wie dem bayerischen BioRegio 2030. Ein Fokus muss
- 27 hier darauf liegen einen Markt mit fairen Preisen für ökologische und
- 28 regionale Produkte zu schaffen, denn einen vielfältigen und
- 29 nachhaltigen Anbau gibt es nur, wenn dieser sich lohnt. Ein
- 30 Marktzugang und Zugang zu Förderungsmitteln sollen auch für

1 konventionelle Betriebe, die biodiversitätsfördernde Maßnahmen
2 ergreifen, bestehen, um ihnen die Transformation zu erleichtern.
3 Besondere Förderung sollen Mischkulturen mit großer genetischer
4 Variabilität, Weidenutztierhaltung, sowie Agroforstsysteme erhalten.

5
6 Durch die Überdüngung in Deutschland wird nicht nur das
7 Grundwasser verunreinigt, sie sorgt auch dafür, dass neben den
8 Kulturpflanzen Beikräuter schneller wachsen und damit die Kulturen
9 durch die hohe Pflanzdichte anfälliger werden für Schädlinge. Der
10 folgliche Einsatz von Pestiziden und Herbiziden hat erhebliche
11 Auswirkung auf die Artenvielfalt. Zusätzlich werden auf nährstoffarme
12 Bedingungen angepasste Pflanzenarten verdrängt. Wir fordern eine
13 Reduktion der erlaubten Stickstoffüberschüsse von 50 Kilogramm pro
14 Hektar auf 30 kg pro Hektar und entsprechende Kontrollen. Dies gelingt
15 nur mit einer drastischen Reduktion der Massentierhaltung und in
16 Kooperation mit den Landwirt*innen. In einer Übergangsphase soll es
17 Bonuszahlungen pro reduziertem Kilogramm geben, um einen Anreiz
18 zur Umstellung zu schaffen.

19
20 Wir lehnen den übermäßigen Anbau von Mais und Raps als
21 Energiepflanzen in Monokultur ab, da sie dem Boden und damit seiner
22 Artenvielfalt und Kohlenstoffspeicherkapazitäten schaden. Wir fordern
23 eine Begrenzung der erlaubten Menge von diesen Pflanzen aus
24 Monokultur bei den Einsatzstoffen im Betrieb von Biogasanlagen auf 40
25 Prozent - aktuell stammen 80 Prozent der Einsatzstoffe aus
26 Energiepflanzen. Um Alternativen zu finden, fordern wir eine
27 Subvention des Anbaus alternativer Energiepflanzen in Mischkultur,
28 sowie Gelder für die Forschung in dem Bereich. Möglich ist auch
29 die Förderung des Anbaus von nachhaltiger Biomasse in Gebieten, in
30 denen es Auflagen von Gebiets- oder Gewässerschutz gibt und die
31 dadurch nicht in Konkurrenz zu Nahrungsmittelproduktion stehen.

32
33 Landwirt*innen, die Interesse Maßnahmen zur Erhaltung der
34 Biodiversität haben, brauchen leicht zugängliche Möglichkeiten zur Aus-
35 und Weiterbildung. Wir fordern staatliche Beratungsstellen, die
36 Expertise im Bereich ökologische Landwirtschaft und Biodiversität
37 besitzen und Landwirt*innen weiterbilden. Die vorhandenen
38 Programme müssen außerdem besser beworben werden.

39
40 Fehlende Einhaltung von Regelungen zur Biodiversität müssen
41 Konsequenzen haben, dafür brauchen wir eine engere Kopplung von
42 Agrar- und Umweltpolitik, um einen Rechtsrahmen mit einer
43 umweltschutzbezogenen Betreiberpflicht zu schaffen.

1
2 Langfristig fordern wir eine Abwendung von dem aktuellen Modell der
3 Direktzahlungen der gemeinsamen europäischen Agrarpolitik (GAP),
4 denn diese fordern Fläche vor Gemeinwohl und sind damit eine Bremse
5 auf dem Weg zu mehr Nachhaltigkeit und Biodiversität. Stattdessen
6 fordern wir erhöhte Direktzahlungen für Umweltschutzprogramme und
7 Ausweitung beispielsweise der Kulturlandschaftsprogramme und
8 Landesnaturschutzprogramme.

9
10
11
12
13
14
15
16
17
18
19
20
21
22
23
24
25
26
27
28
29
30
31
32
33
34
35
36
37
38
39
40
41
42
43